

Islamischer Lobbyismus in Deutschland und seine enge Verflechtung zur Muslimbruderschaft, Islamic Relief und Milli Görüs



Alle Veröffentlichungsrechte und Urheberrechte sind dem MENA Forschungs- und Studienzentrum vorbehalten

Islamischer Lobbyismus in Deutschland und seine enge Verflechtung zur Muslimbruderschaft, Islamic Relief und Milli Görüs

In den vergangenen zwanzig Jahren haben sich in Deutschland muslimische Organisationen etabliert, die einen ausdrücklich gesellschaftlichen und politischen Anspruch haben. Für diese Entwicklung des politischen Islams kann die Erfolgsgeschichte des muslimischen Inssan e. V. in Berlin und der dahinter stehenden Islamic Relief als beispielhaft angesehen werden.

Ausgangssituation

Seit Mitte der 1990er Jahre wurden in Deutschland auch Integrations-Debatten geführt, wie die Kontroversen über „Leitkultur“ versus „Multikulti“. Bald bildeten sich abgegrenzte Lager, deren Mitglieder sich nicht scheuten, klare Positionen zu äußern. Besonders prominent waren dabei zwei Politikerinnen, die damalige Vorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen, Claudia Roth und die Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, CDU. Bei den Grünen ist es nicht nur Claudia Roth. Im November 2000 sagte Christian Ströbele (MdB):

„Die Grünen haben sich stets mit dem Begriff der multikulturellen Gesellschaft identifiziert. Sie ist nach wie vor Ziel bündnisgrüner Politik. Multikultur, viele Kulturen blühen lassen, ist in der gegenwärtigen Einwanderungsdebatte der beste Gegenbegriff zur ominösen 'deutschen Leitkultur.'“

Im November 2004 plädieren die Parteivorsitzenden der Grünen, Bütikofer und Roth, für eine neue Begründung der multikulturellen Gesellschaft:

„Es ist in der bundesrepublikanischen Debatte ein Feuer der Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit ausgebrochen. Es schwelte vorher schon. Wir müssen es wieder gelöscht bekommen. Es geht um die multikulturelle Gesellschaft, es geht zugleich um die Freiheit. Denn ohne Multikulturalität ist in modernen Gesellschaften Freiheit nicht buchstabierbar. Wir Grüne sind seit langem Pioniere der „Multikulturalität“. Sie steht für eine unbestreitbare Realität und zugleich für ein starkes Freiheitsideal, das unterschiedliche Lebensweisen achtet. Multikulturalität verweist dabei nicht nur auf

ethnische und religiöse Pluralität, sondern auf den Pluralisierungsprozess westlicher, postmoderner Gesellschaften überhaupt. Dahinter steht eine Kultur des Respekts, die „abweichende Lebensweisen“ anerkennt, nicht nur duldet oder erlaubt. [...] Die Fähigkeit, Deutsch zu sprechen, ist ein Schlüssel für die Teilhabe an unserer Gesellschaft. Deshalb haben wir uns im Zuwanderungsgesetz für ein verpflichtendes Angebot an Sprachkursen eingesetzt.“

Dieser Nachdruck auf Deutsch als gemeinsame Sprache ist dann auch das ‚Verbindungselement‘ zu Rita Süßmuth, CDU, 1988 bis 1998 Bundestagspräsidentin, 2000 zur Vorsitzenden einer Unabhängigen Kommission Zuwanderung berufen, die im Juli 2001 einen umfangreichen Bericht „Zuwanderung gestalten - Integration fördern“ vorlegte, in dem es u. a. heißt (S. 200):

„Die Bereitschaft zum Erwerb deutscher Sprachkenntnisse sowie die Anerkennung des Grundgesetzes, seiner Werte und unserer Rechtsordnung sind notwendige Bedingungen für die Integration. Integration ist ein gesellschaftlicher Prozess, in den alle in einer Gesellschaft Lebenden jederzeit einbezogen sind. Unverzichtbar ist der Integrationswille. Dieser Integrationswille äußert sich darin, dass sich jeder Einzelne aus eigener Initiative darum bemüht, sich sozial zu integrieren. Dies gilt für Einheimische wie Zugewanderte. Als politische Aufgabe zielt Integration darauf ab, Zuwanderern eine gleich-berechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unter Respektierung kultureller Vielfalt zu ermöglichen.“

Und insbesondere zu islamischen Organisationen wird formuliert, dass jeder pauschale Verdacht falsch sei (S. 236):

„Der pauschale Verdacht des Fundamentalismus gegenüber islamischen Organisationen in Deutschland ist falsch. Zweifellos gibt es hier islamische Organisationen, die sich den freiheitlich-demokratischen Werten unserer Gesellschaft nicht verbunden fühlen. Auch gibt es unter den Migranten entsprechende Verhaltensweisen, die mit den Wertvorstellungen des

Grundgesetzes – wie etwa der Gleichberechtigung von Frauen – nicht übereinstimmen. Andererseits setzen sich zahlreiche muslimische Vereine für die Integration ihrer Mitglieder in die deutsche Gesellschaft ein und leisten gute und integrativ wirkende Sozial- und Bildungsarbeit. Diese um Integration bemühten muslimischen Vereine und Organisationen könnten Gemeinden und Kommunen als Ansprechpartner für die muslimische Bevölkerung dienen. Gesprächsangebote müssen allerdings ein Ende finden, wenn die Werte des Grundgesetzes in Frage gestellt werden oder eine politische Instrumentalisierung beabsichtigt ist. Wenn Minderheiten der Mehrheitsgesellschaft keine Akzeptanz und Toleranz entgegenbringen, können sie dies auch nicht für sich in Anspruch nehmen.“

Im November 1999 fand in Bonn das erste öffentliche Fachgespräch zu Muslimen in Deutschland bei der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Marie-Luise Beck, statt.

Johannes Kandel (Friedrich-Ebert-Stiftung) beschreibt (2004) in seinen Thesen „Organisierter Islam in Deutschland und gesellschaftliche Integration“ die Situation des organisierten Islams in Deutschland als „Modernisierungsprozess- bzw. Anpassungsprozess“:

„Institutionalisierung und Organisation des Islam haben – beginnend in den achtziger Jahren - stark zugenommen und unterlagen zugleich einem stetigen Wandel. Der Weg führte von den ‚klassischen‘ Ausländervereinen und ‚Hinterhofmoscheen‘ zu einem Netzwerk von Moscheevereinen und islamischen Verbänden, die sowohl gegenüber ihrer Klientel als auch der deutschen Mehrheitsgesellschaft deutlich an Gewicht gewonnen haben. Sie erheben den Anspruch, Muslimen ein ‚ganzheitliches‘ Dienstleistungsangebot bereit zu stellen: Religiöse, soziale, kulturelle Beratung und Betreuung, Organisation von Freizeitaktivitäten (z. B. Kultur- und Sportvereine), Rechtshilfe, Bildung, Ausbildung von theologischem Fach- und Führungspersonal, Mission und politische Interessenvertretung. [...] Das Führungspersonal dieser Gruppen besteht nicht selten aus Migrantinnen und Migranten der zweiten Generation, es sind Bildungsaufsteiger,

selbstbewusst und politisch aktiv. Hier finden wir auch eine wachsende Zahl von Konvertitinnen und Konvertiten. Sie fungieren vielfach als „gatekeeper“ in der Kommunikation zwischen den Funktionären der ersten Generation und der Mehrheitsgesellschaft. Ihre Vertrautheit mit Sprache und heimischen Kulturen und ihr Bildungsniveau prädestiniert sie zu Aktivisten und Sprechern muslimischer Organisationen. Sowohl die ‚alte Garde‘ als auch die jüngeren Konvertiten übernehmen wichtige Funktionen in den Organisationen, insbesondere im Blick auf die theologische und politische Bildung. Sie setzen sich mit großem Enthusiasmus und Selbstbewusstsein für die gesellschaftliche Anerkennung des Islam ein, den sie – als Religionsgemeinschaft - gegenüber den christlichen Kirchen für benachteiligt und gesellschaftlich ausgegrenzt und diskriminiert sehen.“

Einen größeren Zusammenhang skizziert der französische Islamforscher Gilles Kepel, der nach einem Bericht (im Februar 2000), bereits 1996 darauf hingewiesen habe, dass islamische Gruppen ihre Einstellungen zu Westeuropa geändert hätten – von der Konfliktvermeidung hin zur Schaffung „islamisierter Räume“:

„Bis Ende der Achtzigerjahre betrachteten islamistische Gruppen Westeuropa nicht als Gebiet des Islam (Dar al-islam). Westeuropa gehörte, im Gesamtbereich der Gottlosen (Dar al-kufr), zu einem Gebiet vertraglichen Friedens (Dar al-ahd), wo die Muslime es nicht zu einem offenen Konflikt mit der gottlosen Umgebung kommen ließen. „Konkret bedeutete dies, dass Europa heiliges Gebiet war, ein Zufluchtsort für alle in ihren Ursprungsländern verfolgten Bewegungen. Die Gruppen vermieden daher jeden Konflikt“, so Kepel. Der Wechsel im Selbstverständnis hat stattgefunden. Europa wird nun als Dar al-islam betrachtet. Das heißt, Muslime sind hier zu Hause und müssen nach Regeln der Scharia leben können. Da dies für die Minderheit nur bedingt möglich ist, sind zumindest islamisierte Räume zu schaffen, in denen eine vom Islam bestimmte moralische Ordnung gilt. Das kann eine Schulklasse sein, ein Straßenzug oder ein Stadtviertel. Nur so könne der soziale Frieden gewahrt und könnten

Drogensucht und Kriminalität bekämpft werden. [...] Für Gilles Kepel wird mit dieser Logik ein Prozess kultureller Abspaltung zu Ende geführt und eine soziale Organisation begünstigt, in der sich geschlossene Gemeinschaften gegenüberstehen. Wie weit diese Entwicklung von Parallelgesellschaften bereits fortgeschritten ist, lässt sich im Umfeld der Boppstraße in Berlin-Kreuzberg studieren. Dort häufen sich Klagen von Anwohnern, die von extremen Muslimen ob ihrer ‚freizügigen‘ Kleidung angemacht oder manchmal sogar bespuckt werden.“

In Berlin hat die Islamische Föderation sich seit 1980 darum bemüht, an Schulen islamischen Religionsunterricht erteilen zu können. Die Bildungsverwaltung hatte es abgelehnt, da die Islamische Föderation keine Religionsgemeinschaft sei. Diese Anerkennung erstritt sich die Föderation gerichtlich und wurde 1998 vom Oberverwaltungsgericht Berlin als Religionsgemeinschaft anerkannt. Die Bildungsverwaltung verzögerte den Beginn weiterhin, da die Lehrinhalte – so ein Zeitungsbericht – vor allem „die Befähigung zur eigenen Entscheidung und zur freien Entwicklung des Gewissens sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau“ vermissen lasse. Doch das Oberverwaltungsgericht beschied, dass die Schulverwaltung das inhaltlich nicht prüfen dürfe:

„Das geltende Berliner Schulgesetz jedoch läßt keinen Zweifel an der Zuständigkeit. In Paragraf 23 heißt es, der Religionsunterricht sei Sache der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Dementsprechend auch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin: Die Richter haben der Schulverwaltung das Recht abgesprochen, die inhaltliche Konzeption des Unterrichts zu beurteilen. Die Islamische Föderation ist umstritten, weil sie als extremistisch eingestuft und vom Berliner Verfassungsschutz beobachtet wird. Bisher aber offenbar ohne Befund. Das Oberverwaltungsgericht sagte in seinem Urteil, es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass der Unterricht von den staatlichen Bildungszielen abweiche. Trotzdem befürchtet der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg einen Missbrauch für politische Zwecke und fordert, den Streitpunkt zur Chefsache zu machen.“

Als der Senat nicht handelte, beschied das Bundesverwaltungsgericht im Februar 2000, der Schulsenator müsse das OVG-Urteil „unverzüglich umsetzen“. Ab September 2001 durfte die Islamische Föderation, nach einer erneuten Klage vor dem Verwaltungsgericht, mit dem Islamunterricht in zwei Schulklassen beginnen.

In dieser Zeit und unter diesen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gründete und entwickelte sich der muslimische Inssan e. V., an dessen Entwicklung sich beispielhaft die verschiedenen Etappen auf dem Weg zum Erfolg darstellen lässt.

Gründung, Turbulenzen und erstes Vernetzen

Am 7. Januar 2003 wurde der „inssan für kulturelle Interaktion e.V.“ in das Berliner Vereinsregister eingetragen. Die Satzung wurde bereits am 25.10.2002 genehmigt und wie Inssan selber schreibt: „Es musste noch einige Vorarbeit geleistet werden, bis sich die ersten Mitglieder am 25. Oktober 2002 zur feierlichen Gründungsversammlung zusammenfanden.“

Vor der formellen Eintragung gab es natürlich die Gründungsdiskussionen, die 2001 begonnen haben. Es soll sich um etwa 40 Personen gehandelt haben, die sich im Herbst 2001 zusammenfanden. Genaueres wird darüber nicht berichtet. In „Islamisches Gemeindeleben in Berlin, 2006“ heißt es dazu:

„Der Verein Inssan, was sowohl auf Türkisch, Arabisch als auch auf Urdu soviel wie Mensch oder Menschlichkeit bedeutet, wurde im Jahr 2001 von jungen Menschen mit arabischem Hintergrund mit der Idee gegründet, ‚neue Wege‘ zu gehen. Trotz der nur ca. 40 Mitglieder ist der professionell organisierte Verein mit seinen zwei fest angestellten Mitarbeitern und Praktikanten/innen in Berlin sehr aktiv.“¹

Und das Neue an Inssan wird so beschrieben:

„Wie in Berlin auch, ringt in vielen Großstädten in Europa eine neue Generation von Muslimen und Musliminnen auf allen Seiten um Akzeptanz,

1. Riem Spielhaus / Alexa Färber (Hrsg.) „Islamisches Gemeindeleben in Berlin“, im Auftrag des Beauftragten des Senats für Integration und Migration, Berlin, 2006. Seite 60.

um sowohl als Muslime als auch als Deutsche, Franzosen oder Engländer anerkannt zu werden. Die Räume, die dabei entstehen und die sie selbst organisieren, sind nicht allein Ergebnis der Unterschiede zwischen Generationen. Sie sind auch Ausdruck des Versuchs, sich gegenüber einer vorwiegend negativen Wahrnehmung des Islams in westlichen Gesellschaften zu positionieren – eine selbst gestellte Aufgabe, die diese jungen Muslime und Musliminnen täglich beschäftigt. Sie werden dabei oft mit Skepsis und Misstrauen beobachtet, treffen aber auch auf Resonanz und bieten Diskussionsstoff für den Umgang mit islamischen Organisationen.“

Bemerkenswert an dieser Darstellung ist, dass sie mit der Selbstdarstellung der Muslimischen Jugend in Deutschland e. V. nahezu identisch ist, der sich bereits 1994 (unter dem Motto: „Muslim? Jung? Deutsch? Gut so!“), also acht Jahre vor Inssan (2002) gegründet hat.

„Die Muslimische Jugend in Deutschland e. V. (MJD) ist die einzige deutsche, unabhängige, muslimische Jugendorganisation. Sie hat es sich zum Ziel gemacht, muslimische Jugendliche zusammenzubringen und sie bei ihrer Identitätsfindung und Persönlichkeitsentfaltung zu unterstützen. Durch diverse Angebote werden Jugendliche motiviert, ihre Talente zu entdecken und sich gesellschaftlich zu engagieren. Mitte der 1990er Jahre gab es in der Jugendarbeit nur wenige Angebote, die meist von Moscheegemeinden organisiert wurden und in den Herkunftssprachen der Mitglieder stattfanden. Oft orientierten sich die Angebote nicht nah genug an den Lebensumständen der Jugendlichen. Das wollte die MJD ändern: Sie verstand sich von Anfang an nicht nur als deutschsprachige, sondern als deutsche Organisation. Sie wollte junge Muslime vertreten, die Deutschland als ihren Lebensmittelpunkt und ihre Heimat betrachteten. Der muslimische Glaube und der Alltag in Deutschland stehen nicht in Widerspruch und die Jugendlichen wollten sich aktiv in gesellschaftliche Diskussionen und Prozesse einbringen. Die überwiegende Zahl der Mitglieder hat einen Migrationshintergrund, wobei kein bestimmtes Herkunftsland dominiert. Ihre Eltern stammen neben Deutschland aus unter-

schiedlichen Ländern wie beispielsweise Deutschland, Afghanistan, Algerien, Marokko, Iran, Jordanien, Ägypten, Pakistan, Syrien, der Türkei oder Usbekistan. Die kulturelle Vielfalt unter den Mitgliedern ist eine Besonderheit der MJD und unterscheidet sie von allen anderen muslimischen Jugendorganisationen in Deutschland. Sämtliche Angebote der MJD, selbst das Jahrestreffen mit etwa 1000 Teilnehmern, werden von Jugendlichen für Jugendliche eigenständig geplant und durchgeführt. Ein wesentlicher Bestandteil des Selbstverständnisses der MJD ist die deutsch-muslimische Identität. Jugendliche erleben aktiv, dass ein religiöses Bewusstsein sehr gut mit der westlichen Lebensweise vereinbar ist. Auch stärkt die MJD durch ihre Arbeit das Demokratiebewusstsein der Jugendlichen. Ihnen werden Chancen und Perspektiven aufgezeigt, die ein Leben in einer demokratischen Gesellschaft ermöglicht.“

Diese Sichtweise findet eine Parallele zu den Entwicklungen in Frankreich (auch wenn die Mehrheit der Muslime dort aus Nordafrika stammt), wie sie der französische Soziologie Gilles Kepel thematisiert, als er auf die Frage antwortet, was sich seit 1987 bei den französischen Muslimen verändert hat – die zugewanderten muslimischen Eltern haben als Kinder Franzosen, die ihre Identität auch im Islam suchen.

„Vor fünfundzwanzig Jahren waren die Muslime eingewanderte Arbeiter, die ihre Religion nur in geringem Maße praktizierten. Sie mieden Schweinefleisch, tranken aber Alkohol und verhielten sich gegenüber den Halal-Vorschriften ebenso flexibel wie gegenüber dem Ramadan. Sie verrichteten ihre Gebete, so gut sie konnten. Es war ein Islam der Unterwerfung. Ein Vierteljahrhundert später ist aus dem Islam in Frankreich der Islam Frankreichs geworden. Die Väter sind geblieben, ihre Kinder sind Franzosen, sie sind in Frankreich erzogen worden, aber sie fühlen sich zum Teil fremd und entfremdet, vor allem wegen der Arbeitslosigkeit. In ihrer Jugend wurden sie von Muslimbrüdern, die aus Nordafrika kamen, ‚reislamisiert‘ und lösten sich von der französischen Gesellschaft. Die Jungen haben sich eine Ersatzidentität geschaffen, die sich auf das stützt, was sie für die Quelle ihrer Identität halten: den Islam, den der Mus-

limbrüder oder - noch minoritärer - den der Salafisten. Dieser Islam geht über den ihrer Eltern, den der ursprünglichen nordafrikanischen Landbevölkerung, hinaus.“

Die damalige Geschäftsführerin von Inssan, Lydia Nofal, antwortet im November 2003 der Berliner Stadtzeitung „Scheinschlag“ auf die Frage: „Wie setzt sich euer Verein zusammen“:

„Die meisten sind Studenten oder Akademiker, und immer mehr Schülerinnen. Die Nationalitäten sind gemischt: Araber, Türken und Deutsche, Bosnier, Pakistanis und Kurden, Sunniten und Schiiten. Derzeit beten wir in unterschiedlichen Moscheen, bei DITIB, einige gehen zur Islamischen Föderation, viele in arabische Moscheen.“

Die Anthropologin Esra Özyürek hat 2014/2015 mit Konvertiten in Deutschland gesprochen und kommt hinsichtlich der Gründung von Inssan zu einer erweiterten Darstellung:²

„Eine andere [...] islamische Organisation ohne Bindung an eine bestimmte Glaubensrichtung und repräsentativen Charakter ist Inssan („Mensch“). Sie wurde überwiegend von Konvertiten gegründet, die einer wesentlich orthodoxeren Islamauslegung folgen als die Muslimische Akademie und die die Organisation bis heute maßgeblich prägen. Finanziert wird Inssan von einer Gruppe von Muslimen, die einen islamischen Dachverband schaffen wollen, dessen Aktivitäten zur kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt in Deutschland beitragen. Inssan organisiert Veranstaltungen für den interreligiösen Dialog und eine Kampagne gegen Zwangsehen, versucht das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen zu fördern, dokumentiert Fälle von Diskriminierung und bietet Präventionstraining gegen diese an. Die Gründer berichteten mir, für den Aufbau einer neuen Organisation hätten sie sich entschieden, weil die türkisch-islamischen so hierarchisch seien und sie in ihnen keinen

2. Esra Özyürek: „Deutsche Muslime - muslimische Deutsche. Begegnungen mit Konvertiten zum Islam.“ Heidelberg: 2017, 176 Seiten. Seite 51.

Platz gefunden hätten. Als seine Stärke definiert der Verein die Offenheit für den Dialog mit allen anderen religiösen Gruppen - ein Aspekt, der ihn von den Organisationen migrantischer Muslime unterscheidet. Diese sind ihm sogar mit einem gewissen Widerstand begegnet, weil sie in ihm für den Fall, dass der Islam einmal den Status einer staatlich anerkannten Religion erhalten sollte, eine Konkurrenz bei der Repräsentation von Muslimen in Deutschland sehen.“

Internetseite

Die erste Erfassung der Internetseite von Inssan auf der „Wayback Machine“ des Internet-Archivs datiert vom 1. März 2003. Die Seite wird in fünf Sprachversionen angeboten, wobei die Wichtigkeit sich in der Reihenfolge darstellt (dort so geschrieben): 1. Türkisch, 2. English, 3. Frensch, 4. Deutsch, 5. Arabic. Bemerkenswert ist dabei, dass für einen Verein - mit Deutsch als der ausdrücklich erklärten Vereinssprache -, Deutsch nicht die erste, also wichtigste Sprache ist, sondern türkisch, dass „English“ und „Arabic“ in Englisch geschrieben sind, und „Frensch“ auch Englisch ist, aber lautmalerisch auf Deutsch geschrieben wurde.

Von April bis November heißt es: „Unsere Webseite steht Ihnen in Kürze wieder zur Verfügung!“, was dann am 22.12.2003 registriert wurde. Dort heißt es: „Was ist inssan?“ Antwort:

„Inssan bedeutet Mensch sein, human sein. Das Wort stammt aus dem Arabischen und ist in alle orientalischen Sprachen eingegangen. Inssan ist die Basis: für ein friedliches Zusammenleben, für einen fruchtbaren Austausch, für ein Miteinander statt Nebeneinander, für Aufklärung, Entwicklung, Bildung und Kultur.“

Oben links ist ein Logo abgebildet, das zwei tuchschwingende, stilisierte Menschen vor der gläsernen Kuppel des Reichstagsgebäudes zeigt.



Diese Figuren erinnern sofort an den „Humping Man“ das (fröhlich, dynamische) Symbol und (in Variationen) Erkennungszeichen verschiedener humanistischer Verbände, einschließlich des Dachverbandes, der IHEU (International Humanistic and Ethical Union). Es wurde 1965 von der British Humanist Association entwickelt. Anscheinend wurde der Begriff „human“ (Mensch) und das dazu passende Logo direkt aus dem englischen Kontext übernommen.

Turbulenzen

Bereits nach Genehmigung der Vereinsatzung wurde im Oktober 2002 der Bauantrag für ein großes muslimisches Kulturhaus mit Moschee an der Pflügerstraße in Neukölln gestellt. Das geplante Kulturhaus sollte eine Fläche von 6.400 qm haben, davon eine Moschee mit 1.200 qm, nebst Bibliothek, Seminarräume und Gastronomie.

Ein Millionenprojekt durch einen kleinen Akademikerverein in Gründung? Es wäre die mit Abstand größte Moschee in Berlin geworden und verweist aufgrund dieser Größenordnung auf einen möglichen anderen Gründungsaspekt des Inssan e. V.: Der politische Islam sucht die Öffentlichkeit, d. h. die Sichtbarkeit großer, repräsentativer Moscheen mit entsprechend hohen Minaretten. Das geschieht analog zu den christlichen Großkirchen in Deutschland, die sich vehement dagegen wehren, dass Religion eine Privatangelegenheit sei. Gerade nach 9/11 und dem negativen Image des Islams gehen jüngere Politologen in die Offensive, nach dem Motto: „Heraus aus den Hinterhöfen, hinaus ins Licht der Öffentlichkeit!“ und die Beiratsmitglieder unterstützen den Verein.

Inssan wick in den Berliner Stadtteil Charlottenburg aus, wo der Widerstand aber ebenfalls groß war. Auf die Frage, warum denn nun gerade in Charlottenburg, antwor-

tet Lydia Nofal im Januar 2008 in einem Interview im Tagesspiegel („Ich trage ja auch kein Kopftuch“), dass Inssan die Muslime aus den Hinterhöfen herausholen möchte und dass in den Moscheen deutsch gesprochen wird:

„Der Verein Inssan hat seinen Sitz in Kreuzberg, will aber in Charlottenburg eine Moschee für 700 Menschen bauen. Wirkt die Moschee dort nicht wie ein Ufo? Einige Mitglieder von uns wohnen in Charlottenburg. Außerdem ist das ein bunter Bezirk, in dem viele Muslime leben. In der Klasse der Tochter eines Mitglieds sind muslimische Kinder in der Mehrzahl. Auch gibt es zwei Moscheen. Können die Mitglieder von Inssan nicht dort beten? Nein. Zum einen sind das keine richtigen Moscheen, sondern Fabriktagen, die als Gebetsräume genutzt werden. Wenn man Integration will, müssen die Muslime rauskommen dürfen aus den Hinterhöfen. Außerdem wird in diesen Moscheen türkisch gesprochen. Wir wollen deutschsprachige Angebote machen. Nur so kann man die Heimatorientierung und ethnische Teilung der muslimischen Community überwinden und eine europäische Identität der Muslime erreichen. Für viele junge Leute macht es keinen Sinn mehr, sich am Land ihrer Großeltern zu orientieren. Sie sind hier aufgewachsen, für sie ist Deutschland die Heimat. Für sie wollen wir Angebote machen – in einem repräsentativen Zentrum.“

Die Größenordnung des Projektes wird aus der Drucksache DS-Nr: 0828/3 der Bezirksverordnetenversammlung deutlich:

„Auf dem ehemaligen Industriegebietsgrundstück soll unter Einbeziehung des Gebäudekörpers zur Keplerstraße hin ein muslimisches Kulturzentrum entstehen, das neben einer Moschee (715 qm) auch einen Verkaufsraum (400 qm), einen Gemeindesaal (500 qm), ein Restaurant, ein Café und eine Kantine (250 qm), ein Dialog- und Informationszentrum (200 qm), Geschäftsräume (200 qm), Verwaltungsräume (150 qm), Seminarräume (270 qm), eine Bibliothek mit Medienraum (90 qm), einen Kindergarten (300 qm), Jugendclub (200 qm), ein Frauenzentrum (130 qm), Büroflächen (450 qm) sowie Wohneinheiten (500 qm) mit einbezieht. Das Konzept geht von insgesamt 4.355 qm Geschossfläche, 79 Kfz- und 40

Fahrradstellplätzen aus. Das Baugebiet soll als Sondergebiet ausgewiesen werden, um die oben genannten Nutzungen im Gesamtkonzept zu ermöglichen.“

Es war nicht nur die Größe des Kulturzentrums/Moscheebaus oder der Aspekt, dass in Charlottenburg nur wenige Muslime leben würden, wozu also so eine Moschee?, sondern vor allem auch die Frage nach der Finanzierung. Als sich herausstellte, dass das Grundstück von Ibrahim El-Zayat gekauft werden sollte, der im Auftrag der Stiftung European Trust bereits den Kaufvertrag unterzeichnet hatte, geriet das Projekt in die politische und mediale Öffentlichkeit. Ibrahim El-Zayat gilt als „Schüsselfigur für die politische und organisatorische Annäherung der arabischen und türkischen Islamisten.“ Da Milli Görüs (1972/1995 für Deutschland gegründet) als die „türkische Variante der Muslimbrüder“ gilt (1960/1982 für Deutschland gegründet), organisatorisch eigenständig aber inhaltlich übereinstimmend, wäre diese Gemeinsamkeit bezüglich der Förderung von Inssan naheliegend.

Ibrahim El-Zayat war von 2002 bis 2010 Präsident der Islamischen Gemeinschaft Deutschland (IGD), seit 2018 Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V. (DMG), die vom Verfassungsschutz als „Zweig der Muslimbruderschaft“ eingeordnet wird. El-Zayat saß im Vorstand von Islamic Relief Deutschland sowie Islamic Relief Worldwide und ist Generalbevollmächtigter der EMUG (Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft), die in Deutschland mittlerweile rund 300 Milli-Görüs-Moscheen verwaltet. „Auch familiär steht El-Zayat für die Verbindung der beiden Milieus: Seine Ehefrau Sabiha el-Zayat-Erbakan ist die Schwester des früheren Vorsitzenden von Millî Görüş in Deutschland, Mehmet Erbakan. Der 2011 verstorbene Gründer der Organisation, der türkische Islamist Necmettin Erbakan, war ihr Onkel.“ 1997 hatte El-Zayat die „Consulting Form SLM“ gegründet (eine Liegenschaftsverwaltung), die in Charlottenburg für Inssan aktiv geworden war. Inssan erklärte, dass die Kontakte sich auf „eine rein technische Ebene“ beschränkt haben. Alle Vorwürfe einer Nähe zur Muslimbruderschaft wurden von Inssan in einer Pressemitteilung vom 23.02.2004 als „nicht belegt“ zurückgewiesen.

Abgesehen davon haben Islamic Relief und Inssan e. V. die gleiche Adresse: Gitschiner Straße 17, linkes und rechtes Ladengeschäft. Und im INSSAN-Beirat befindet sich seit

2003 ebenfalls der Büroleiter von Islamic Relief in Berlin, Ismet Misirlioglu. In der Pressemitteilung von 23.02.2004 schreibt Inssan davon unbeeindruckt:

„Die gegen Kooperationspartner von Inssan erhobenen Vorwürfe konnten bisher nicht belegt werden und Inssan verwehrt sich dagegen, seine Arbeit durch nicht nachweisbare Vorwürfe kaputt machen zu lassen. Eine andere Lage entstünde sicherlich für den Verein, wenn Kooperationspartnern eine Ablehnung der Grundwerte unserer Gesellschaftsordnung oder gar die Befürwortung von Gewalt nachgewiesen würde. Ist dies nicht der Fall, sucht der Verein den Dialog und die Kooperation mit Vertretern muslimischer wie nicht-muslimischer Organisationen, um so seine integrative Rolle wahrnehmen zu können. Denn als vehementer Verfechter von Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung aller Menschen ist der Verein der Überzeugung, dass nur durch Dialog und Kooperation diese Werte überall durchgesetzt und die Integration der Muslime in unsere Gesellschaft erreicht werden kann.“

Die Diskussionen in der BVV (Bezirksverordnetenversammlung) sind vielfältig und kontrovers, schließlich wird das Projekt nicht genehmigt.

Der entscheidende Punkt ist, wie die Organisationen Muslimbruderschaft und Milli Görüs bewertet werden. Dabei ist „Muslimbruderschaft“ offensichtlich verständlich („Patriarchalische Muslime“), doch wer weiß schon, was „Milli Görüs“ („Nationale Sicht“) bedeutet?

Dieses offensive zweimalige „nicht kleckern, sondern klotzen!“ hatte den kleinen Verein schlagartig in ein negatives öffentliches Rampenlicht gebracht – sowohl in den Medien, wie in den Bezirksverordnetenversammlungen – und Inssan musste sich über zwei, drei Jahre ‚klein bei klein‘ wieder eine Akzeptanz erarbeiten: Mit Postkartaktionen gegen Zwangsheiraten, Aufrufen zu Blutspenden, Fußballspielen Pfarrer gegen Imame, Islamwochen, Kreuzberg im Gespräch, Hadsch-Ausstellung, Jüdisch-muslimische Begegnungen, Gemeinsame Stellungnahme zur Homophobie, Nachbarschaftsaktionen, Literarische Moschee, Gemeinsam gegen Terrorismus, Weltfrauentag, Tagungen, in Schulen: Peaceful Minds, u. a. m.

Weitere Probleme und Querverbindungen

Die Kernfrage ist, wie gesagt, neben der Einschätzung von Islamic Relief, die Frage der Bewertung von Muslimbruderschaft und Milli Görüs. Das Thema dabei ist, dass der Berliner Verfassungsschutz beide Organisationen in seinen Jahresberichten als „legalistischen Islamismus“ eingestuft hatte.

„Legalistisch“ bedeutet dabei, dass sie (in Deutschland) nicht gewaltbereit sind, sondern im Rahmen der Gesetzesordnung bleiben („Marsch durch die Institutionen“), und „Islamismus“, dass sie dennoch Bestrebungen verfolgen, ihre Vorstellungen einer islamischen Gesellschaft (Stichworte: Einheit von Religion und Staat, Scharia) umzusetzen.

Die Erwähnung in einem Bericht des Verfassungsschutzes hat dabei auch ganz praktische Nachteile. Ein Verein, nach deutschem Recht, verliert dadurch als juristische Person seine Einstufung als „gemeinnützig“ und kann keine Spendenbescheinigung ausstellen.

Für die Muslimbruderschaft, Islamic Relief und die IGMG (Islamische Gemeinschaft Milli Görüs) ist das nebensächlich, da sie in internationalen Zusammenhängen agieren, für Inssan ist das schon wesentlicher, da neben der fehlenden Gemeinnützigkeit auch die politische Bewertung als „nicht förderungswürdig“ erfolgen kann, was tatsächlich geschehen ist.

Im Berliner Verfassungsschutzbericht 2006 (veröffentlicht im Juni 2007) heißt es grundsätzlich (S. 5):

„Entscheidend ist die möglichst frühzeitige Gewinnung von Informationen über potenzielle und das Ergreifen von Maßnahmen gegen tatsächliche Gefährder. Genauso wichtig ist es aber auch, Radikalisierungstendenzen im islamistischen Bereich schon im Ansatz zu begegnen. Wirkliche Sicherheit werden wir ohne den Dialog mit allen, die guten Willens sind, nicht erreichen. Von besonderer Bedeutung ist deshalb der Dialog mit den Muslimen in unserer Stadt. Wir müssen miteinander statt übereinander reden. Der Berliner Verfassungsschutz nimmt regelmäßig am Berliner Islam-

forum teil, das [2005] vom Integrationsbeauftragten ins Leben gerufen wurde. Auf Bundesebene gibt es Gespräche der Sicherheitsbehörden mit muslimischen Verbänden. Schließlich geht auch die deutsche Islamkonferenz in diese Richtung. Dieser Dialog macht unsere Zukunft sicherer. Deshalb ist es richtig, dass auch auf Bundesebene diejenigen nicht ausgeschlossen werden, die mit ihrer Staatsvorstellung von unserer Idee des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats abweichen – wenn sie nicht gewaltbereit sind. Deshalb ist es richtig, dass es auch Gespräche mit Gruppierungen gibt, die etwa der „Muslimbruderschaft“ und der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş“ nahe stehen. Es geht nicht darum, die Grenzen zu verwischen; die freiheitliche demokratische Grundordnung ist nicht verhandelbar. Über religiöse Freiräume muss man aber reden können.“

Zu den Muslimbrüdern heißt es (Seite 258):

„In Deutschland werden die Interessen der MB von der 1960 gegründeten „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e. V.“ (IGD) vertreten, die unter dem Einfluss der ägyptischen MB steht. Der IGD gehören mehrere Islamische Zentren in Deutschland an. Ihre Hauptaktivitäten sind gegenwärtig auf die Organisierung und die Ausrichtung der in Deutschland lebenden Muslime im Sinne der Ideologie der MB gerichtet. Als Berliner Treffpunkt für Anhänger der MB gilt das „Islamische Kultur und Erziehungszentrum Berlin e. V.“

Und bei Milli Görüş (S. 104) sei „keine ideologische Neuausrichtung erkennbar“:

„In der türkisch islamistischen „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş e. V.“ (IGMG) ist keine ideologische Neuausrichtung erkennbar. Es gab weder öffentliche Diskussionen zwischen Reformern und Traditionalisten noch wurden konkrete Reform-Projekte angestoßen. Die Reformer können sich offenbar nicht gegen die Traditionalisten in der Organisation durchsetzen. Fortbestehende enge Verbindungen zu Necmettin Erbakan, zu seiner Partei, der „Saadet Partisi“ (SP), sowie deren Sprachrohr „Milli Gazete“ („Nationale Zeitung“) belegen, dass die IGMG nach wie vor Teil

der „Milli Görüş“-Bewegung ist, die weiter islamistische Positionen propagiert. Handlungsschwerpunkte der IGMG waren die Rekrutierung neuer Mitglieder und die Intensivierung der Kontakte zu Politik und Gesellschaft.“

Das ist nicht nur ein Problem des Inssan e. V. sondern betrifft auch die befreundete „Muslimische Jugend“, aus der auch Inssan-Vorstandsmitglieder stammen:

„So wurde, wie Vorstandsmitglieder im Interview erklären, die Muslimische Jugend in Deutschland (MJD) nicht als Träger der Jugendarbeit anerkannt, weil sie in den Berichten der Landesämter für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen sowie des Bundesamtes für Verfassungsschutz erwähnt wurde. Im Anschluss an ihre Erwähnung in Verfassungsschutzberichten verlor die seit 1998 auch in Berlin tätige deutschsprachige Organisation die Anerkennung als gemeinnütziger Verein und die damit einhergehende Befreiung von Ertrags- und Vermögenssteuern und hat diese bis Anfang 2018 nicht wiedererlangt. Im Gespräch berichtet die ehemalige Vorsitzende der Muslimischen Jugend, dass die Robert Bosch Stiftung, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie das Bundesjugendministerium, die prinzipiell an der Förderung von Projekten des Vereins interessiert seien, sich entweder aufgrund seiner Beobachtung durch den Verfassungsschutz oder weil der Verein keine Gemeinnützigkeit vorweisen könne, nicht zur Kooperation imstande sähen.“³

In dieser Hinsicht wäre es für Inssan evtl. sinnvoll gewesen, sich in der Öffentlichkeit von den Muslimbrüdern und Milli Görüş zu distanzieren, doch das Gegenteil geschieht.

3. Riem Spielhaus / Nina Mühe: „Islamisches Gemeindegelben in Berlin“. Herausgeben vom Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa EZIRE, 2018, S. 55.

Inssan-Festival 2006

Am 10. September 2006 veranstaltet INSSAN auf dem Zentralen Festplatz in Berlin-Tegel ein Festival mit großer Bühne wie in Pop-Konzerten, mit Showprogramm und Basar. Es kommen rund 5.000 Zuschauer aus ganz Deutschland. Stargäste sind der berühmte Pop-Sänger Sami Yusuf, er singt auf Arabisch /Englisch aber kein Deutsch, die bekannte MTV-Moderatorin und Konvertitin Kristiane Backer, die in London eine diskrete, dreijährige Liebesaffäre mit einem berühmten strenggläubigen muslimischen Pakistani hatte (Imran Khan, damaliger „Nationalheld“ als Kricketspieler und aktuell Premierminister Pakistans) - die sie nachträglich in ihrem Buch „Von MTV nach Mekka“ ausführlich beschreibt -, und öffentlich kein Kopftuch trägt (außer auf dem Bu-



chumschlag der englischen Ausgabe und der deutschen Taschenbuchausgabe ihres Buches). Der mediale Erfolg und die Anerkennung sind groß.

Hauptsponsor ist die Organisation „Muslime helfen“, Bühnensponsor ist „Safadi-Touristik“, Basar-Sponsoren sind „em2-Kommunikation“ (eine Agentur, die das ökonomische Potential der Muslime in Deutschland aktivieren will), „MuslimeReisen“ sowie das „Tahira-Restaurant“, das mit „The Halal Choice“ wirbt. Als Unterstützer werden genannt: IBMus (Initiative Berliner Muslime / Moscheegemeinden), IGMG (Islamische Gemeinschaft Milli Görür), sowie das IZDB (Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung) und das IKEZ (Islamisches Kultur- und Erziehungszentrum Berlin e. V.), die beide im Berliner Verfassungsschutzbericht 2007 der Muslimbruderschaft zugeordnet werden. Zum IKEZ heißt es zudem (S. 235): ‚Als Berliner Treffpunkt von HAMAS-Anhängern gilt das ‚Islamische Kultur- und Erziehungszentrum Berlin e. V.‘ (IKEZ).‘ Der Hauptsponsor „muslime helfen e. V.“ hatte 1993 bis 2011 als Vorsitzenden Ahmad von Denffer, der beruflich und inhaltlich enge Beziehungen zur Muslimbruderschaft unterhält und sich dafür einsetzt, die deutsche Gesellschaft in eine islamgemäße umzugestalten.

INSSAN-Festival 2006



10. September 2006 / Zentraler Festplatz Berlin (Tegel) / 4 – 5.000 Besucher

Hauptsponsor:



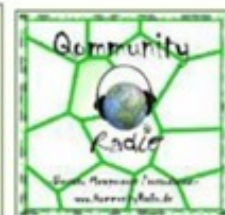
Bühnensponsor:
Safadi-Touristik



Basarsponsoren:



Unterstützer:



Der Inssan e. V. stellt sein ‚Vereinsdach‘ also weiterhin ausdrücklich und offensichtlich auf zwei starke Säulen: die Deutschlandorganisationen der Muslimbruderschaft und von Milli Görüs. (vgl. Anlage 2)

Das geschieht auch in anderen Zusammenhängen, wie das ZDF (2007) berichtet:

„Als das ZDF ‚Heute-Journal‘ einen Beitrag über den Vorsitzenden der IGD, Ibrahim el-Zayat, macht und unter dem Titel ‚Top-Manager des politischen Islamismus?‘ am 11.07.2007 sendet, führt el-Zayat, der in dem Beitrag seine geistige Nähe zur Muslimbruderschaft nicht bestreitet und deren Islaminterpretation als ‚Mainstream‘ bezeichnet, das TV-Team ins IZDB und lässt sich dort filmen. ‚Ohnehin widmet el-Zayat sich lieber der nächsten Generation. Dank seiner Kontakte wurde der junge deutsche Imam, hier neben ihm, in Frankreich und Ägypten ausgebildet. Welchen Islam er dort lernte? Sicher einen, der el-Zayats Vorstellungen entspricht‘ heißt es kommentierend zu diesen Aufnahmen. Der im Beitrag als ‚junger deutscher Imam‘ vorgestellte und im Bild freundlich redend mit el-Zayat zu sehende junge Mann ist Ferid Heider. Der Hinweis auf seine Ausbildung in Frankreich ist ebenfalls von Bedeutung, denn damit ist die IESH mit der Europäischen Hochschule für islamische Studien bei Château-Chinon gemeint. Ferid Heider ist nicht zufällig an diesem Tag im IZDB. Seit Bestehen des IZDB und der offiziellen Eröffnung der Räumlichkeiten in der Drontheimer Straße im Oktober 2004 gibt es zahlreiche gemeinsam Aktivitäten des IZDB mit den Bruderorganisationen des Berliner Netzwerkes, das unter der Bezeichnung „Initiative Berliner Muslime – IB-Mus“ bekannt ist, besonders mit den Vereinen Muslimische Jugend in Deutschland (MJD), INSSAN - für kulturelle Interaktion e. V. und dem Kultur- und Erziehungszentrum (IKEZ) und dessen Jugendtreff Assalam e. V.“⁴

4. Claudia Dantschke / Claudia Luzar: „Aspekte der Demokratiegefährdung im Berliner Bezirk Mitte und Möglichkeiten der demokratischen Intervention“. Hrsg. vom Zentrum Demokratische Kultur. Berlin, 2007. Seite 28.

Entsprechend heißt es im Berliner Verfassungsschutzbericht 2007 (S. 251)

„Die in Deutschland mitgliederstärkste Organisation von Anhängern der ‚Muslimbruderschaft‘ (MB) ist die ‚Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.‘ (IGD), [...]. Die IGD hat Verbindungen zu einer Reihe von Vereinen. In Berlin zählen hierzu das ‚Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung e. V.‘ (IZDB), das ‚Islamische Kultur- und Erziehungszentrum e. V.‘ (IKEZ), aber auch ‚INSSAN für kulturelle Interaktion e. V.‘ sowie der ‚Verband Interkultureller Zentren VIZ e. V.‘“

Ebenso im Berliner Verfassungsschutzbericht 2008 (S. 188):

„Seit 2002 wird die IGD von Ibrahim El-Zayat geleitet. Er bestreitet seine Zugehörigkeit zur MB. Er wurde jedoch vom derzeitigen Führer der MB, Mohammad Mahdi Akif, in einem Interview der ARD, das am 23. Februar 2007 ausgestrahlt wurde, als der ‚Chef der Muslimbrüder in Deutschland‘ bezeichnet. Als die Zeitung ‚Die Welt‘ diese Aussage in einem Artikel verbreitete, erwirkte El-Zayat eine Gegendarstellung. [...] Die IGD hat Verbindungen zu einer Reihe von Vereinen. In Berlin zählen hierzu das ‚Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung e. V.‘ (IZDB), das ‚Islamische Kultur- und Erziehungszentrum e. V.‘ (IKEZ), aber auch ‚INSSAN für kulturelle Interaktion e. V.‘ sowie der ‚Verband Interkultureller Zentren VIZ e. V.‘“

Diese Darstellungen werden wortgleich im VS-Bericht 2009 wiederholt. Ab 2010 wird der Inssan e. V. jedoch nicht mehr erwähnt. Es heißt nur noch (S. 176):

„Die IGD hat Verbindungen zu einer Reihe von Vereinen. In Berlin zählen hierzu das ‚Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung e. V.‘ (IZDB), das ‚Islamische Kultur- und Erziehungszentrum e. V.‘ (IKEZ) sowie der ‚Verband Interkultureller Zentren e. V.‘ (VIZ).“

Ab dem VS-Bericht 2014 wird die Darstellung zur Muslimbruderschaft und zu Milli-Görüs deutlich kürzer und zurückhaltender. So heißt es 2014 (S. 66):

„Mittlerweile verfolgen Teile der IGMG-Anhänger in Berlin keine extremistischen Ziele mehr. Insgesamt ist ein Wandlungsprozess festzustellen, der die schrittweise Loslösung von der extremistischen Ideologie Erbakans erkennen lässt. Zudem wurden interne Posten mit reformorientierten Funktionären besetzt. Dieser Entwicklung wird Rechnung getragen, indem nicht länger die Gesamtorganisation der IGMG als extremistisch bewertet wird, sondern nur noch die Träger der extremistischen „Millî Görüş“-Ideologie. Der Berliner Verfassungsschutz schaut folglich auf jene Organisationen und Bestrebungen, zu deren Zielen die Umsetzung der „Millî Görüş“-Ideologie gehört. Damit reduziert sich das Personenpotenzial in Berlin von einstmalen 2 900 Personen bei der IGMG auf nunmehr 500 IGMG-Mitglieder, die die „Millî Görüş“-Bewegung unterstützen.“

Zur Muslimbruderschaft wird nur ein kurzer historischer Überblick publiziert und dann geschrieben (S. 63):

„Die mitgliederstärkste Organisation von MB-Anhängern in Deutschland ist die 1960 gegründete ‚Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.‘ (IGD). Die IGD hat Verbindungen zu einer Reihe von Vereinen. In Berlin zählen hierzu das ‚Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung e. V.‘ (IZDB), das ‚Islamische Kultur- und Erziehungszentrum Berlin e. V.‘ (IKEZ), die ‚Neuköllner Begegnungsstätte e. V.‘ (NBS), auch bekannt als ‚Dar as-Salam Moschee‘, und das ‚Teiba Kulturzentrum zur Förderung der Bildung und Verständigung e. V.‘ (TKZ).“

Im Berlin VS-Berichten 2017 und 2018 werden keine ‚verbundenen‘ Organisationen mehr genannt.

Juristisches und andere Barrieren

Was war bis 2009/2010 geschehen, dass der Inssan e. V. nicht mehr vom Verfassungsschutz erwähnt wurde? Dazu nennt Julia Gerlach⁵ drei Gründe:

„Bald schon tauchte der Verein jedoch im Berliner Verfassungsschutzbericht auf. Er wurde in die Nähe der Muslimbruderschaft gerückt; ähnlich sieht es mit vielen arabisch geprägten Organisationen und Gemeinden in Berlin aus. Etwa auch dem Daras-Salam in Neukölln. Das Besondere an Inssan e. V. ist jedoch, dass es gelang, das Stigma der Erwähnung im Verfassungsschutz wieder loszuwerden. Dies gelang durch viel Überzeugungsarbeit, Kampagnen, zum Beispiel gegen Zwangsheirat und Extremismus, und ein ständiges Bemühen um gute Kontakte zur Politik.“

Neben Überzeugungsarbeit, Kampagnen und Kontakten wird eine weitere Komponente ab 2010/2011 deutlicher: die Einschaltung der Gerichte durch Klagen gegen Bewertungen des Berliner Verfassungsschutzes.

Wesentlich für mit Inssan befreundete Organisationen, wie die Muslimische Jugend, war das Urteil des Berliner Verwaltungsgericht im Februar 2012: „Verfassungsschutz darf nur eingeschränkt über Muslimische Jugend berichten.“

„Der Verfassungsschutzbericht 2009 muss zum Teil überarbeitet werden. Das haben die Berliner Richter am Donnerstag auf die Klage des Muslimische Jugend in Deutschland e. V. hin entschieden. Grundsätzlich besteht zwar das Recht, über Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu berichten, so das Verwaltungsgericht (VG). Dies setze allerdings voraus, dass sich das Bundesamt für Verfassungsschutz auf belegbare Tatsachen stützen könne. Anderenfalls stehe das Persönlichkeitsrecht der Betroffenen einer Berichterstattung entgegen (Urt. v.

5. Julia Gerlach: „Hilfsbereite Partner: Muslimische Gemeinden und ihr Engagement für Geflüchtete“, Hrsg. von Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2017, 92 Seiten. S.27/28. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/LW_Broschuere_Hilfsbereite_Partner_2017.pdf

16.02.2012, Az. 1 K 237.10). Im Verfassungsschutzbericht 2009 wird unter anderem berichtet, dass in einem Schulungsleitfaden des Muslimische Jugend in Deutschland e. V. bestimmte verfassungsfeindliche Äußerungen enthalten seien. Des Weiteren empfehle der Verein seinen Mitgliedern, sich in allen Fragen der islamischen Rechtsauslegung an den Maßgaben des European Council for Fatwa and Research (ECFR) zu orientieren. Nach Ansicht des VG ist hinsichtlich eines Teil der vom Verfassungsschutz als verfassungswidrig angesehenen Äußerungen nicht hinreichend durch Tatsachen gesichert, dass der Verein diese als Teil eines Schulungsleitfadens verwendet habe. Trotz entsprechender Indizien hätten die Verfassungsschützer nicht vermocht, einen tatsächlichen Einsatz des Materials zu belegen. Gleiches gelte für die Behauptung, der Verein empfehle seinen Mitgliedern, sich an den Maßgaben des ECFR zu orientieren. Es sei nicht mit hinreichender Sicherheit belegt, dass eine solche Empfehlung ausgesprochen wurde.“

Im Berliner Verfassungsschutzbericht 2016 waren vier Einrichtungen („Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung e. V.“ (IZDB), das „Islamische Kultur- und Erziehungszentrum e. V.“ (IKEZ) und das „Teiba Kulturzentrum zur Förderung der Bildung und Verständigung e. V.“ (TKZ) mit der Islamischen Gemeinschaft Deutschlands (IGD), und damit der Muslim-Bruderschaft, in Verbindung gebracht worden. Das ist insofern für Inssan von Bedeutung, das der Inssan-Geschäftsführer Mohammad Hajjaj stellv. Vorsitzender des Teiba-Kulturzentrums ist. Der Vorsitzende und Imam des teiba-Kulturzentrums, Ferid Heider, zeigt auch öffentlich den „R4bia“-Gruß der Muslimbruderschaft und ihrer Unterstützer.

Über die vierte Einrichtung, die Neuköllner Begegnungsstätte (NBS) / Dar-as-Salam Moschee war geschrieben worden (S. 78, inzwischen gelöscht), „die NBS bewegt sich damit in einem Spannungsfeld, das typisch für Bestrebungen im Bereich des legalistischen Islamismus ist.“ Danach folgte (S. 78, nicht gelöscht):

„Einerseits positioniert sie sich gegen jedwede Gewaltausübung im Namen des Islam und engagiert sich in der Integrations- und Präventionsarbeit. Andererseits unterhält sie Verbindungen zur MB. Die

„Muslimbruderschaft“ und die ihr nahestehenden Organisationen in Deutschland und in Europa wie die FIOE und der FAD lehnen die Demokratie nicht prinzipiell ab und sind durchaus für freie Wahlen und die Gewaltenteilung. Allerdings streben sie nach der Ausformung einer Rechtspraxis auf der Grundlage traditioneller und als authentisch erachteter islamischer Schriften. Damit fordern sie eine Form islamischer Rechtsschöpfung, die auf die Scharia als Hauptquelle des Rechts Bezug nimmt – zumindest für die in Deutschland lebenden Muslime. Die freiheitliche demokratische Grundordnung wird derart nicht vorbehaltlos mitgetragen, sondern eine rein opportunistische Position zum deutschen Recht eingenommen.“

Gegen den (inzwischen gelöschten) Satz und weitere Feststellungen klagte die NBS. Die Klage wurde vom Verwaltungsgericht Berlin am 25. April 2018 abgewiesen, da die „im angegriffenen Bericht angeführten Verbindungen auf wahren Tatsachenfeststellungen“ beruhen.⁶ (Das Grundstück war von der Islamischen Gemeinschaft Deutschlands (IGD) für 550.000 Euro gekauft worden, die NBS zahlt symbolisch 700 Euro Miete monatlich und die IGD nutze es auch für Treffen und Tagungen.) Die Neuköllner Begegnungsstätte ging in Berufung und das Oberverwaltungsgericht Berlin fasste am 23. Juli 2018 den Beschluss, dass Teile der Darstellung des Verfassungsschutzes für 2016 gelöscht und 2017 nicht weiter verwendet werden dürfen, „solange die Erwähnung des Antragstellers im Hinblick auf die Bewertung seiner Funktion im Gefüge des legalistischen Islamismus nicht klargestellt wird.“ Es werde nicht ad personam belegt, dass eine verfassungsfeindliche Tätigkeit ausgeübt werde, und ein Verfassungsschutzbericht sei „kein Tätigkeits- sondern ein Ergebnisbericht“, für die eine „Verdachtsberichterstattung“ unzulässig ist.

Das Konzept des legalistischen Islamismus war damit juristisch geschützt.

Islamic Relief, das Teiba-Kulturzentrum, die Muslimische Jugend Deutschlands u. a. m. Werden in einer Ausarbeitung der Bundeszentrale für politische Bildung⁷ über die

6. <https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/verfassungsschutzberichte/>

„Die Muslimbruderschaft in Deutschland“ als Teile des Netzwerks der Muslimbruderschaft in Deutschland genannt. Ebenso nennt die Bundesregierung im April 2019 (BT-Drucksache 19/9415, Seite 11) personelle Verbindungen:

„Nach Kenntnis der Bundesregierung verfügen sowohl ‚Islamic Relief Worldwide‘ als auch ‚Islamic Relief Deutschland e. V.‘ über signifikante personelle Verbindungen zur ‚Muslimbruderschaft‘ (MB) oder ihr nahestehende Organisationen.“

Konsolidierung und wissenschaftlicher Flankenschutz

Die Vernetzung war vorangekommen und der Kontakt zum Open Society Institut der Open Society Foundation des Milliardärs George Soros zeigte sich nicht nur darin, dass die Open Society Foundation offiziell als „Unterstützer“ genannt wird, der Inssan „strukturell fördert“, was heißt vorrangig in der Vernetzungsarbeit, sondern auch in der Publikation (2010) einer Studie, die vom Open Society Institut finanziert wurde „Muslime in Berlin“ (auf Deutsch und Englisch). Anknüpfungspunkt zur Open Society Foundation ist ihr Selbstverständnis:

„Ein zentrales Anliegen des Open Society Institute (OSI) ist die Gleichwertigkeit und Chancengleichheit aller Menschen in einer offenen Gesellschaft. Ziel der Arbeit des OSI ist zum einen die Verringerung der Diskriminierung, insbesondere der Schäden, die Minderheiten durch diskriminierende Behandlung erfahren haben. Ein weiteres Ziel ist die Sicherung der Chancengleichheit für alle durch ihre Einbeziehung in Regierungsprogramme für soziale Integration.“

Die Feldarbeit und die Interviews für „Muslime in Berlin“ fanden bereits 2008 sowie 2009 statt und die leitende Wissenschaftlerin/Autorin ist Nina Mühe, Ethnologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kulturwissenschaft von Prof. Dr. Werner Schiffauer, Europa Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, dem im Vorwort ausdrücklich gedankt wird.

7. <https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/290422/die-muslimbruderschaft-in-deutschland>

„Prof. Schiffauer unterstützte die OSI-Studie in Berlin Kreuzberg während der gesamten Forschungsdauer, er wirkte am Hintergrundbericht zu Deutschland mit und brachte bis zur Veröffentlichung des Berichts seine Erfahrungen und sein Wissen über Muslime in Deutschland ein. Seine Unterstützung war von unschätzbarem Wert.“

Wesentliche Teile des Berichts beruhen auf Interviews u. a. mit den Politikern Prof. Dr. Barbara John, erste Beauftragte für Integration in Berlin von 1981 bis 2003 (CDU), Berlin / Günter Piening, Beauftragter für Integration und Migration in Berlin seit 2003, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin.

Für muslimische Organisationen waren die Interviewpartner:

- Burhan Kesici, Generalsekretär des Islamrats der Bundesrepublik und stellvertretender Vorsitzender der Islamischen Föderation von Berlin, Berlin
- Imran Sagir, Vorsitzender der ortsansässigen Organisation Inssan e. V. und Vorstandsmitglied von DMK (Deutschsprachiger Muslim Kreis), Berlin
- Lydia Nofal, Vorstandsmitglied von Inssan e. V.
- Hakan Tosuner, Vorstandsmitglied der muslimischen Jugendorganisation MJD (Muslimische Jugend Deutschland), Berlin
- Meho Travljanin, Bosnisches Islamisches Kulturzentrum, Berlin
- Abdul Razzaque, Mitglied von IBMus und dem Urdu-sprachigen Moscheeverein Bilal-Moschee, Schulmediator in Charlottenburg, Berlin

Mit diesen Quellen überrascht es nicht, dass in diesem Bericht der Inssan e. V. und Freunde gut präsentiert wird. So heißt es als Beispiel:

„Auf der Ebene der Stadtverwaltung richtete Berlin im Jahr 2005 das Islamforum ein, welches viermal im Jahr den Vertretern der meisten muslimischen Vereine die Gelegenheit gibt, sich mit offiziellen Politikvertretern, wie dem Innensenator oder dem Integrationsbeauftragten und selbst Vertretern des Verfassungsschutzes zu treffen. Nach der Wahrnehmung sowohl der muslimischen Teilnehmer wie auch der Politikvertreter, die an dem Forum teilnehmen, hat dieses bereits sehr viel zum gegenseitigen Verständnis und Vertrauen beigetragen. Inssan hat den

Eindruck, dass die Kontakte möglicherweise dazu beigetragen haben, dass sich Lokalpolitiker für ihr Moschee-Bauprojekt in Charlottenburg-Wilmersdorf eingesetzt haben, obwohl das Projekt wie auch die Organisation zeitweise auf sehr viel Ablehnung bei einigen Politikern und in den lokalen Medien getroffen hätte. Der Innensenator hatte sogar einen offiziellen Brief an die Bezirksverwaltung von Charlottenburg geschrieben, in dem er bestätigte, dass Inssan die Integration der muslimischen Bewohner befördere und daher unterstützt werden solle. Dieser Brief stellte einen bedeutenden politischen Schritt dar, da Inssan in der Vergangenheit vom Verfassungsschutz beobachtet worden war.“

Auch hinsichtlich der Frage, ob die muslimischen Verbände überhaupt repräsentativ für die Muslime in Deutschland seien, bekommt Inssan das Wort (S. 143):

„Eine neuere Umfrage der Islamkonferenz über Muslime in Deutschland scheint die Aussage, dass muslimische Organisationen nicht die Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime vertreten, zu stützen. Sie gibt an, dass weniger als ein Drittel der Befragten sich durch die Organisationen vertreten fühle, über die sie befragt wurden. Diese Ergebnisse werden jedoch von Interviewpartnern wie Lydia Nofal von Inssan bestritten. Sie bezeichnet diese als systematische Irreführung und Verfälschung, um die politische Abweisung und Ablehnung des Körperschaftsstatus für muslimische Organisationen zu stützen, da die Teilnehmer der Studie nur zu bestimmten Dachorganisationen befragt wurden. Einige dieser Dachorganisationen sind unter den Befragten kaum bekannt, während andere, bekannte Organisationen wie die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) in der Umfrage gar nicht direkt genannt wurden. Begründet wurde dies dadurch, dass diese keine direkten Mitglieder der Islamkonferenz seien. (Bundesamt für Migration, Muslimisches Leben, S. 179.)“

Diese politischen Kontakte spielen einerseits eine Rolle, dass der Inssan e. V. vom Verfassungsschutz nicht mehr erwähnt wurde und somit nicht den Weg über die Gerichte gehen muss. Eine besondere Rolle dabei spielt andererseits auch der bereits erwähnte Ethnologe und Kulturwissenschaftler Prof. Dr. Werner Schiffauer.

Werner Schiffauer ist bzw. war (er ist inzwischen emeritiert) einer der einflussreichsten Islamforscher in Deutschland. Er war nicht nur Vorsitzender des Rates für Migration (einem Zusammenschluss von rund 170 Migrationsforschern), wissenschaftliche Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl waren nicht nur die bereits erwähnte Nina Mühe, deren Doktorvater er ist und die seit 2017 Projektkoordinatorin der CLAIM-Konferenz ist, sondern, als nur zweites Beispiel, Hakan Tosuner, Geschäftsführer des 2013 gegründeten „Avicenna-Studienwerk“ (Begabtenförderung für Muslime), der mehrere Jahre Mitglied der Muslimischen Jugend in Berlin und im Forum of European Muslim Youth and Student Organisations (FEMYSO) in Brüssel aktiv war.

Schiffauer hat bereits relativ früh seine Position gegenüber dem Verfassungsschutz im Migrationsreport 2006 unmissverständlich öffentlich vorgetragen:

„Als Mitherausgeber des Migrationsreports, der alle zwei Jahre erscheint, analysiert Schiffauer die Auswirkungen der präventiven Sicherheitspolitik auf Muslime. Neben eindeutig extremistischen Gruppen („Kalifatsstaat“) werden auch Organisationen wie die Islamische Gemeinde Deutschlands und Milli Görüs vom Verfassungsschutz observiert, obwohl sich innerhalb dieser Verbände ein Richtungswechsel vollzogen habe, meint der Migrationsforscher. Nach eigener Aussage bekennt man sich zum Grundgesetz und distanziert sich von Gewalt. Nötig wäre es, diesen Anspruch sachlich zu überprüfen. Stattdessen werden Informationen in den veröffentlichten Verfassungsschutzberichten höchst selektiv wiedergegeben, kritisiert Schiffauer. So wird der Versuch dieser Gemeinden, in der Jugendarbeit islamisches Selbstbewusstsein zu fördern, als anti-integrationistisch verurteilt. Wenn jedoch in denselben Gemeinden gleichzeitig dafür geworben wird, die Kinder auf deutsche weiterführende Schulen zu schicken, bleibt dies in den Berichten unberücksichtigt. Widersprüchliche Aussagen werden nicht als Ausdruck innerer Auseinandersetzungen gewertet, sondern als Doppelzüngigkeit denunziert. Nach Ansicht Schiffauers spiegelt sich darin der Zwang wieder, mit der Aufnahme einer Organisation in den Verfassungsschutzbericht zugleich zeigen zu müssen, dass diese Aufnahme gerechtfertigt ist.“

Werner Schiffauer hat dann 2008 eine umstrittene Studie publiziert: „ Die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş.“ Grundtenor ist, als Einleitung:

„Die Islamische Gemeinde Millî Görüş ist eine der umstrittensten Gemeinden des türkischen Islam in Deutschland. In den Verfassungsschutzberichten wird das Bild einer straff organisierten Gemeinde gezeichnet, deren Nahziel in der Errichtung eines Gottesstaats in der Türkei besteht und deren Fernziel die islamische Weltherrschaft ist. Für die Zwischenzeit werde die Etablierung ‚parallelgesellschaftlicher Strukturen‘ angestrebt, in denen das Gottesreich vorweggenommen werden soll. Eine sozio-historische Analyse der Gemeinde zeigt ein anderes Bild, nämlich das einer transnationalen Gemeinde von Arbeiter-Migranten, deren Beziehungen zur deutschen Gesellschaft, zur türkischen Gemeinde in der Migration und zum Herkunftsland eine komplexe Geschichte erfahren hat.“

Seine Hauptthese ist, dass mittlerweile eine Gruppe von Reformern nachgewachsen ist, und dass Milli Görüş in einer ähnlichen Entwicklung ist, wie die radikale deutsche Studentenbewegung (zu denen sich Schiffauer auch selber zählt) und die mittlerweile alles recht brave Bürger geworden sind. Seine Schlussbetrachtung ist:

„Was die weitere institutionelle Entwicklung der Millî Görüş Gemeinde betrifft sind zwei Szenarien denkbar: Das erste Szenario ist, dass die Reformer sich mit ihrem Versuch, ein wertekonservatives Programm innerhalb der Gesellschaft zu formulieren, durchsetzen. Dies böte die Chance einer Überwindung der nach wie vor vorhandenen islamistischen Positionen von innen. Es böte ebenfalls die Möglichkeit, dass die erheblichen Potenziale der Gemeinde an Selbstorganisation und Mobilisierung der Gläubigen für die Integration in die Gesellschaft genutzt werden. Das zweite Szenario ist, dass die Reformer scheitern: Dies würde bedeuten, dass die Gemeinde zerbricht. Die bildungsnahen Schichten würden sie verlassen und entweder sich resignativ zurückziehen oder sich radikalieren. Die Restgemeinde würde sich wahrscheinlich zurückziehen und verkapseln. Der erhebliche Druck, der seitens der Politik im Augenblick auf die Millî Görüş ausgeübt wird, arbeitet im Sinn des zweiten Szenarios. Den Reform-

ern in der Gemeinde wird zur Zeit das Wasser abgegraben - und diejenigen in der Gemeinde, die ohnehin der Meinung sind, dass eine Öffnung gegenüber der Gesellschaft sich nicht auszahlt, fühlen sich bestätigt.“

Diese ‚schützende Hand‘ formuliert Werner Schiffauer dann später auch explizit in seinem Beitrag auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zu „Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus und Islamfeindlichkeit“ mit dem Titel: „Sicherheitswissen und Deradikalisierung“.

In diesem Text setzt er sich mit dem Verfassungsschutz und seinen Bewertungen auseinander. Er gesteht dem Verfassungsschutz zwar zu, dass der in Bezug auf seine Funktion (Informationsbeschaffung für politische Entscheidungen) korrekt „kategorial“ vorgeht und bewertet, aber weist ihn in die Schranken, da diese kategorialen Einordnungen an der Lebensrealität der Verbände vorbei gehen und nicht die Lebendigkeit und Differenziertheit der Organisationen erfassen können. Das können nur Wissenschaftler (wie er selbst) und er fordert die Politik auf, sich von den Empfehlungen des Verfassungsschutzes zu befreien (S. 241):

„Es geht [...] um die politischen und gesellschaftlichen Instanzen, die den Dialog führen und die Deradikalisierungsarbeit tragen. Letztendlich sind sie gefordert, selbstbewusster als bisher mit dem vom Verfassungsschutz produzierten Wissen umzugehen. Damit würden sie letztlich den Gebrauch von diesem Wissen machen, der ursprünglich vorgesehen war. Es wäre zu diesem Zweck mehr als hilfreich, wenn der Verfassungsschutz selbst die Grenzen des von ihm produzierten Wissens deutlicher machen und die diesbezüglich bislang ausgeübte Zurückhaltung aufgeben würde.“

Der Inssan e.V. wird namentlich als eines der Beispiele der Opfer des Verfassungsschutzes genannt (S. 238/239):

„Dies ist bei weitem nicht die einzige Ablehnung, die mir vorliegt. In einer mir vorliegenden Mail von Peter Amsler an Lydia Nofal von INSSAN vom 26.10.2006 wird beklagt, dass eine geplante Veranstaltung in der Katholischen Akademie mangels Finanzierung durch das Bundesministerium des Inneren abgesagt werden müsste, wenn man auf der geplanten

Einladung von INSSAN beharren würde: ‚Gestern rief uns Herr [...] aus dem Bundesministerium des Innern an und teilte mit, dass einer Finanzierung der Veranstaltung nichts im Wege stünde, sofern wir bereit wären, INSSAN aus dem Programm zu nehmen. INSSAN werde vom BMI als eine islamistische Vereinigung angesehen, so dass das BMI eine Veranstaltung mit ihrer Beteiligung nicht finanzieren könne; ansonsten wäre die Politik des Hauses nicht stringent. Herr [...] bat hier um Verständnis und sagte, dies sei Leitlinie des Ministeriums. Insofern bat er um Entschuldigung, dass es sich erst jetzt diesbezüglich melde, nachdem er noch einmal Rücksprache gehalten habe.‘ Diese Passage ist deshalb interessant, weil sie deutlich belegt, welche Bindungskraft das kategoriale Wissen produziert. Sie transformiert sich in die Policy eines Hauses, an die auch die Beamten gebunden sind, die persönlich den Sachverhalt anders bewerten. Andere, aus den gleichen Gründen abgelehnte Projekte waren „Dialogistan – Jugendliche für Menschenrechte“, bei dem INSSAN 2007 vom Berliner Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationszentrum (EPIZ) angesprochen wurde zu kooperieren, und das Projekt ‚Jugend gegen Gewalt‘, bei der das mit der IGMG verbundene Bildungs- und Interkulturelle Zentrum in Goslar ein Kooperationsprojekt mit der Polizei gegen Alltagsgewalt vorgeschlagen hatte. Die Ablehnungen sind auch deshalb bemerkenswert, weil sie die Neutralisierung von Informationen zeigen, die nicht ins Bild passen.“

Diese ‚Flankendeckung‘ hat den gewünschten Erfolg und die öffentlichen Förderungen wurden nicht mehr abgelehnt.

Im Juni 2014 pointiert Schiffauer seine Position noch einmal: „Muslime in Deutschland: Verfassungsschutz als Reformbremser“ und spricht von „Gesinnungsschnüffelei“:

„Die zweite Generation brachte so scheinbar Unvereinbares zusammen: Nämlich die Orientierung an einem recht-geleiteten Islam und am Grundgesetz. Ihre postislamistische Suche führt zu einer intellektuell überzeugenden Antwort auf den Radikalislamismus und dessen Entgegen-

setzung von Westen und Islam. Im Verfassungsschutz gab es immer wieder Mitarbeiter, die auf diese Entwicklungen hinwiesen. Sie wurden aus politischen Gründen ausgebremst. In den Berichten nach außen dominierte die Bewertung, diese Entwicklungen seien nur eine Fassade, die die eigentlich noch vorhandene islamistische Ausrichtung verschleierte. [...] Für die Schwerfälligkeit der Ämter zahlte die deutsche Gesellschaft einen hohen Preis. Dabei waren die Kosten für die Observation noch der geringste Teil. Wesentlich höher waren die politischen Kosten. Der Argwohn des Verfassungsschutzes führte dazu, dass den Reformanstrengungen der zweiten Generation immer wieder Steine in den Weg gelegt wurden. Zahlreiche vielversprechende Projekte wurden vereitelt. Ein Gipfel an Absurdität war etwa, dass das Familienministerium der Initiative „Isl’amour Muslime gegen Zwangsheirat“ eine Förderung verweigerte, weil die muslimische Jugend und Milli Görüs beteiligt waren – also genau die konservativen Gemeinden, die wegen ihres Familienbildes sonst immer kritisiert werden. Damit konnten sich innerhalb der muslimischen Organisationen genau die bestätigt fühlen, die derartige Öffnungsinitiativen ohnehin ablehnten.[...] Die Beobachtung von Gruppierungen, von denen keine Gewalt ausgeht und die nicht zum Umsturz der Verfassung aufrufen, ist Gesinnungsschnüffelei. Der Verfassungsschutz sieht sich gern als ‚Verfassungs-TÜV‘ – er ist aber viel zu abhängig von der Politik, um diese Aufgabe bewältigen zu können. Wenn man überhaupt an dem Amt festhalten möchte, sollte es sich auf die Beobachtung gewaltbereiter Extremisten konzentrieren.“

2013 kann Prof. Werner Schiffauer – ebenfalls mit der finanziellen Unterstützung der Open Society Foundation im Rahmen des Network Turkey der Universität Oxford ausführlich zu einer Publikation beitragen: „Signale aus der Mehrheitsgesellschaft“ in der ausführlich der Verfassungsschutz als Integrationshemmnis dargestellt wird. Der Einfluss von Prof. Werner Schiffauer reicht auch so weit, dass er – 2008 bis 2015 als Mitglied im Beirat der Stiftung Brandenburger Tor der Berliner Sparkasse – gutachterlich begründet, initiiert und durchsetzt, dass für das Stiftungsprojekt „Brücken im

Kiez“ nicht nur Moscheevereine sondern auch die IGMG (Islamische Gemeinschaft Milli Görüs) sowie der Inssan e.V. Projektpartner vor Ort werden. 2015 beschloss die Stiftung, die Zusammenarbeit mit den Moscheevereinen zu beenden. Die IGMG und Inssan e.V. werden weiterhin als Partner genannt.

Inssan-Projekte

Über die Finanzen, d. h. die Finanzierung des Inssan als Verein selber, ist bisher nirgendwo etwas publiziert worden. Der Anfängerfehler, bei den beiden versuchten Groß-Projekten der Kulturzentren/Moscheebauten öffentlich auf Spenden vor Ort und hohe Zuschüsse durch die Golfstaaten zu setzen, wurde nicht wiederholt. Insofern ist Inssan als Verein so gut wie unsichtbar und zeigt sich nur in seinen Projekten.

Nachdem 2009/2010 die Blockierungen durch den Verfassungsschutz beiseite geräumt worden waren, konnten auch die Projekte – mit staatlicher Förderung - beginnen.

Zum Beginn der Projektarbeit macht Inssan unterschiedliche Angaben. Auf der Seite zum Projekt Wegweiser heißt es: „Projekträger ist der gemeinnützige Verein Inssan (Mensch auf Arabisch), der seit 2001 Projekte in Berlin durchführt mit dem Ziel das Miteinander in unserer Stadt positiv zu prägen.“ Und im „Jahresbericht 2018“ heißt es, ebenso wie auf der Internetseite: „Seit 2002 in der sozialen Arbeit aktiv“. Der Verein wurde aber erst im Januar 2003 in das Vereinsregister eingetragen und 2010 gab es das erste realisierte Projekt.

Für die Projekte sind unterschiedliche Elemente konstituierend. Zum einen sind es innermuslimische Probleme mit Jugendlichen, an die - entsprechend kulturell-religiöser Einflussnahme - der Staat über die Schulen integrativ nicht mehr herankommt, und wo sich nun ein in der Ansprache moderneres muslimisches Projekt anstatt der Moscheen als ‚Sozialarbeiter‘ und ‚Prävention gegen Radikalisierung‘ anbietet.

Zum anderen ist es ein alt-bekanntes Prinzip: „Pars pro toto“ (Ein Teil steht – stellvertretend - für das Ganze). Es wird in den verschiedensten Kontexten genutzt, seien es die britischen Fischerei-Rechte in den Brexit-Verhandlungen wie auch bei den Diskriminierungsfällen gegen Muslime: Ein zwar bestehendes aber - von der Zahl her

gesehen - Randphänomen wird zentralisiert und als ‚typisch für das Ganze‘ propagandistisch emotional aufgeladen (z. B. Kopftuchdebatte) und in einem ersten Schritt als ‚Diskriminierung von Muslimen‘ organisiert, im zweiten Schritt folgt dann der Schulterschluss mit anderen Organisationen, die das ebenfalls für sich propagieren, und es wird dann ein breiteres „Komitee gegen Antirassismus“ gebildet, das sich durch die Beteiligung der Jüdischen Gemeinde vom Vorwurf des Antisemitismus gegen ehemals vom Verfassungsschutz beobachtete, darin beteiligte islamistische Gruppen befreit. (Erstaunlich dabei ist zudem, dass der Begriff „Rasse“, den man im liberalen Deutschland zu überwinden geglaubt hatte, in „Rassismus“ wieder auflebt und implizit diejenigen, die diesen Begriff gebrauchen, sich selbst als „Rasse“ verstehen, was bei Muslimen allerdings mehr als verwunderlich ist. Auch das Konzept eines „Rassismus ohne Rassen“ vermag nicht zu überzeugen.) Und drittens erfreut sich Inssan und verbundene muslimische Organisationen der Unterstützung der großen christlichen, vor allem der evangelischen Kirchen, die tatkräftig und organisatorisch bereit sind, die muslimischen Organisationen mit ins ‚religiöse Boot‘ zu holen.

Das Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit (in Selbstdarstellung von Inssan)

“[...] wurde im August 2010 gegründet, um aktiv gegen Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen in unserer Gesellschaft vorzugehen. Das Projekt verfolgt einen Empowerment Ansatz. Ziel ist es, bei Betroffenen das Bewusstsein zu stärken, gleichberechtigte Bürger dieses Staates zu sein, und Ihnen Handlungsoptionen im Falle von Diskriminierung aufzuzeigen. Wir gehen in die Moscheen und muslimischen Einrichtungen. Ausgehend von den Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bieten wir in den Veranstaltungen vor Ort Aufklärung über die rechtlichen Grundlagen, zeigen Handlungsoptionen auf und informieren über die bestehende Unterstützungs- und Beratungsinfrastruktur.“

Der Berliner Senat beschreibt das Projekt (Drucksache 18/16 203) ähnlich, aber mit spezifischer Begründung der „Förderung der Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe“:

„Das geförderte Projekt ‚Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit‘ (Projektname bis 2013: ‚Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen‘) bildet Aktive in verschiedenen Moscheegemeinden in Fragen der Diskriminierung, der aktuellen Rechtslage nach dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG) fort und unterstützt deren Vernetzung und gegenseitige Unterstützung. Darüber hinaus erfolgt eine (juristische) Erstberatung von Diskriminierungsbetroffenen und ggf. die Weitervermittlung an spezialisierte Beratungseinrichtungen. Das Projekt informiert über Diskriminierungen von Muslimen sowie über die Rechtslage und berät und stärkt Betroffene. Es leistet deshalb auch einen Beitrag zur Erhöhung des Vertrauens in die Rechtsstaatlichkeit und fördert die Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe.“

Allerdings steckt diese Aufklärungsarbeit in einem gewissen Dilemma der Unkenntnis der davon Betroffenen, von dem die Anthropologin Esra Özyürek berichtet, nachdem sie mit Aktivisten in Berlin darüber gesprochen hat ⁸:

„Migrantische Muslime, insbesondere praktizierende, ergreifen solche entschiedenen Maßnahmen meines Erachtens deshalb seltener, weil sie sich bereits marginalisiert und entfremdet fühlen. Sie erwarten von der Mehrheitsgesellschaft so wenig, dass sie Ungerechtigkeiten gewöhnlich nicht als etwas erleben, das sich ändern oder beseitigen ließe. Die Erfahrungen eines Teams, das in Moscheen Seminare zur Sensibilisierung für Diskriminierung durchführt, zeigen dies sehr deutlich. Lydia Nofal, Inssan-Vorsitzende und Konvertitin, berichtete bei einer Vorstellung des ‚Trainings gegen Antisemitismus. Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit‘: ‚Wenn wir in Moscheen gehen und die Leute fragen, ob sie sich gesellschaftlich diskriminiert fühlen, sagen sie oft: Nein, werden wir nicht. Und wenn wir ihnen dann erklären, wie Diskriminierung funktioniert, sagen sie: Ach, wenn Sie das meinen, klar, das passiert uns ständig!‘ Ähnlich äußerte sich Safer Cinar vom Vorstand des Türkischen Bundes in

8. Esra Özyürek: „Deutsche Muslime - muslimische Deutsche. Begegnungen mit Konvertiten zum Islam.“ Heidelberg: 2017, 176 Seiten. Seite 56.

Berlin, als wir uns über die Antidiskriminierungsarbeit seiner Organisation unterhielten.“

2019 sieht der Sprecher der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Säkulare Grüne, Walter Otte, in einem Interview bei Inssan zudem eine spezifische Opfer-Mentalität:

„Inssan e. V. ist eine Antidiskriminierungsstelle, die aus dem Haus des Justizsenators von der Landesstelle für Gleichstellung mitfinanziert wird, übrigens schon vor Senator Behrendt. Da fährt man seit Jahr und Tag auf der Schiene der Diskriminierung, sobald es um Personen mit Migrationshintergrund geht. Die betroffenen Personen und Verbände verstehen sich in der Regel als Opfer und verkaufen sich auch so. Das ist eine – bislang jedenfalls– erfolgreiche Masche, und ein ganz wesentlicher Teil der Linksliberalen fährt darauf ab und sieht Diskriminierung, wo keine existiert. Es wäre interessant, diese multikulturalistische Position einmal auf ihre inhaltliche Nähe zum rechtsextremen Ethnopluralismus abzuklopfen. Das Neutralitätsgesetz ist jedenfalls kein „Kopftuchverbot“, die betreffenden Frauen können außerhalb der Schule, wann und wo immer sie möchten, ein Kopftuch tragen.“

2020 heißt es unbeirrt: „Übergriffe auf Muslim*innen sind in ihrer Intensität deutlich ungehemmter“.

„Das Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit (Inssan e.V.) verzeichnet mit 265 Vorfällen für das Jahr 2019 einen besorgniserregenden Zustand in Berlin. Im Vergleich zum Jahr 2018 ist das ein Anstieg um 88 Vorfälle. [...] Von der Berliner Politik fordert Inssan e.V. den Ausbau der Beratungs- und Dokumentationsstelle und eine gesicherte Förderung der oft ehrenamtlich geleisteten Beratungsarbeit. Wir begrüßen ausdrücklich das Vorhaben der Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung-gegen Diskriminierung zur Förderung eines Projektes zum Themenfeld „Beschwerdestrukturen und Empowerment gegen antimuslimischen Rassismus.“

Zeynep Çetin, Projektkoordinantion des Netzwerks gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit/Inssan e. V., wird mit 28 Wochenstunden finanziert. (Drucksache 18/15 795)

Diese Zahlenangaben zur Diskriminierung sind allerdings mit Vorsicht zu betrachten. In Berlin leben nach Schätzungen zu den Religionen in Berlin 220.000 – 300.000 Muslime. Unter den von Inssan gemeldeten 265 Übergriffe sind, wie es im weiteren Text der Inssan-Meldung heißt, 225 aus religiösen Gründen. Das betrifft – was für die einzelnen Personen schwierig genug ist – allerdings nur 0,1 bis 0,08 Prozent der Muslime in Berlin. Die gemeldeten Übergriffe sind in ihrer Qualität sehr unterschiedlich, von „Beleidigungen, Anfeindungen bis tätliche Angriffe“. Die Subjektivität der Betroffenen und die tatsächliche Situation der Übergriffe ist daher nicht nachvollziehbar. Wer mehr fragt – 2019 wurde die Online-Meldemöglichkeit erstmals eingeführt – wird auch mehr Antworten bekommen, d. h. beruht der Anstieg der Meldungen (2016: 110, 2017: 115, 2018: 176, 2019: 265) tatsächlich auf mehr Übergriffen, oder auf einer Erweiterung der Meldungsmöglichkeiten? Falls das zutrifft, wären das Elemente einer (im wahrsten Sinne des Wortes) Meinungsmache.

Generell ist die Datenlage zu Diskriminierungen in Deutschland sehr dürftig und die Bedeutung der Diskriminierung wegen der Religion ist nach Angaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch 2019 nicht vorrangiges Diskriminierungsmerkmal.

„Die Zahl der Beratungsanfragen zu Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft bzw. rassistischen Zuschreibungen stieg 2019 um knapp zehn Prozent auf 1176 Fälle oder 33 % aller Anfragen bei der unabhängigen Antidiskriminierungsstelle. [...] Neben der Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft verteilen sich die Anfragen auf die anderen im Allgemeinen Gleichbehandlungs-gesetz (AGG) geschützten Diskriminierungsmerkmale wie folgt: Zu Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts gingen 29 % der Beschwerden ein. Es folgen Diskriminierungen aufgrund einer Behinderung (26 %), des Lebensalters (12 %), der Religion (7 %), der sexuellen Identität (4 %) und der Weltanschauung (2 %). Der größte Anteil der berichteten Diskriminierungen geschieht im Arbeitsleben: 36 % der

Anfragen bezogen sich 2019 auf Benachteiligungen im Beruf oder bei der Jobsuche. Am zweithäufigsten (26 %) ging es um Diskriminierung bei Alltagsgeschäften, also bei der Wohnungssuche, beim Einkauf, in der Gastronomie oder bei Versicherungs- und Bankgeschäften.“

Finanziert wurde das Projekt „zunächst für zwei Jahre zu einem Drittel von den in London ansässigen und vom Fondsmanager und Philanthropen Georges Soros gegründeten Open Society Foundations (OSF) sowie zu zwei Dritteln aus dem Haushalt des Senats von Berlin. Seit 2015 wird das Netzwerk von der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung mitgetragen.“[14] Genauere Zahlen finden sich gelegentlich in Anfragen im Berliner Abgeordnetenhaus, wie in der Drucksache 18/15 483. Von der Open Society Foundation waren es (2011) 38.000 Euro, (2012) 29.622,21 und (2013) 32.472,90 Euro. 2015 waren es, laut der Anfrage 18/15 795 100.000 US\$. Der Berliner Senat überwies (laut Drucksache 18/13 944) im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ in den Jahren

- 2010: Euro 26.799,-
- 2011: 22.509,-
- 2012: 34.210,-
- 2013: 32.915,-
- 2014: 35.756,-
- 2015: 45.461,-
- 2016: 54.081,-
- 2017: 60.879,-
- 2018: 78.729,-

Der Vollständigkeit halber, und auch zur Erläuterung der Eingangsbemerkung, dass man sich bei der Islam-Thematik auf „verminten Gelände“ bewege, sei erwähnt, dass es im gleichen Zeitraum (Sommer 2010), als sich das Inssan-Netzwerk gründete, einen Workshop der Berlin GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) gegeben hat, der sich (laut FAZ: „Das Gift der muslimischen Intoleranz“) mit dem „seit Jahren schwelenden Konflikt überbordender, häufig gewalttätiger Intoleranz an Schu-

len mit einem hohen Anteil ab muslimischen Schülern“ beschäftigte. Dieser Workshop basierte auf einem Artikel in der „Berliner Lehrerzeitung“ 2009. Der Bericht hat den Titel: „Deutschenfeindlichkeit in Schulen – Über die Ursachen einer zunehmenden Tendenz unter türkisch- und arabischstämmigen Jugendlichen“ und ist nicht mehr auffindbar. In dem FAZ-Bericht heißt es zu den Erfahrungen eines Lehrers, wie die Thematik „abgewiegelt wird“:

„Der Hauptschullehrer Wolfgang Schenk etwa, einst Sprecher der Alternativen Liste, hat einschlägige Erfahrungen sammeln müssen, wie Gewerkschaft und Schulbehörde ihn abwiegelten, wenn er sich wegen frauenfeindlicher Übergriffe auf Lehrerinnen oder Beschimpfungen wie „Nazi“, „Schlampen“, „Rassist“ oder der drohenden Zwangsverheiratung einer Schülerin an sie wandte. Man bedeutete ihm, sich ruhig zu verhalten, um den Rechtsradikalen keine Vorlage zu liefern. Diese erbarmungslose Ignoranz wird durchgehalten bis heute. Schon in den frühen neunziger Jahren habe sich der Einfluss der Islamverbände und bestimmter Moscheevereine bemerkbar gemacht, deren antiwestliche, antidemokratische Ressentiments inzwischen das Klima an vielen Schulen immer erfolgreicher vergifteten, sagt Schenk. Die ‚Deutschenfeindlichkeit‘ sei tatsächlich nur eines von vielen Ausgrenzungsphänomenen.“

Die GEW selber hat auf der Landesdelegiertenversammlung einen Monat später (02.-03.11.2010) solidarisch erklärt und beschlossen, dass sie den „wachsenden antimuslimischen Rassismus“ verurteile und den Begriff der Deutschenfeindlichkeit ablehnt: Die GEW BERLIN “ - verurteilt den wachsenden antimuslimischen Rassismus / - tritt ein für die positive und negative Religionsfreiheit, wie sie im Grundgesetz und in der Deklaration der Menschenrechte garantiert werden / - lehnt die Verwendung des Begriffs Deutschenfeindlichkeit ab, der von Rechtspopulisten als Kampfbegriff gegen das Wort Ausländerfeindlichkeit erfunden wurde und die soziale Realität demagogisch verdreht.“

Damit war ein weiterer Schutzschirm gesetzt: Wer über Integrationsprobleme mit Verbindung zum Islam/Muslimen berichtet, ist ein demagogischer „Rechtspopulist“.

Wegweiser: Mentor_innen für Flüchtlinge

“[...] ist ein Projekt, das aktiv die Flüchtlingsarbeit von Ehrenamtlichen gestaltet. Das Mentoringprogramm wurde entwickelt, um junge Erwachsene (17 bis 30 Jahre) mit Zuwanderungsgeschichte für das bürgerschaftliche Engagement für Geflüchtete zu begeistern und dabei zu begleiten. Die Mentoren im Projekt durchlaufen eine Ausbildung (1 Workshop und monatliche Coachings), in dem sie auf ihre Aufgaben vorbereitet und gestärkt werden. Gemeinsam planen und setzen die Mentoren mit den Geflüchteten von Einrichtungen (wie Notunterkünfte und Wohnheimen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)) Aktionen durch, die einen Mehrwert für die gesamten Bewohner der Einrichtungen haben sollen.“

Über die Anzahl der Ausgebildeten werden selten Zahlen genannt. Von Anfang 2015 bis Ende 2016 haben (nach dem Wegweiser-Jahresbericht 2016) ca. 30 Freiwillige die Mentoring-Ausbildung durchlaufen. Die Projektleitung hat Natalia Amina Loinaz.

Projektpartner sind zwei Organisationen, die durch die Vorstandsvorsitzende persönlich mit Inssan verbunden sind (der ZDM (Zentralrat der Muslime) und das JUMA-Projekt der RAA Berlin) sowie die Robert-Bosch-Stiftung. Finanziert und unterstützt wird das Projekt zum einen durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband über das Programm „Koordinierung, Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge“ der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zum anderen durch das „Partizipations- und Integrationsprogramm“ (PartInt) des Beauftragten des Senats Berlin für Integration und Migration.

Im „Abschlussbericht Programmdialog“ werden für dieses Inssan Projekt als Ansätze genannt: 2016: Euro 42.219 und für 2017: Euro 42.219. Der Berliner Senat finanzierte das Projekt ebenfalls, (lt. Drucksache 18/13 944) mit:

- 2016: 53.263,40,-
- 2017: 53.263,40,-
- 2018: 55.000,-
- 2019: 55.000,-

Laut BT-Drucksache 18/13658 wurde aus dem Programm „Demokratie leben!“ (2018) ein Betrag von 95.947 Euro ausgezahlt.

Prof. Bassam Tibi, aus Syrien zugewandert und liberaler Muslim, warnt sehr eindringlich vor den Kooperationsversuchen islamistischer Gruppen und der jüdischen Community⁹:

„Propagandistisch setzen Islamisten den Antiislamismus mit dem Antisemitismus gleich. Ignatz Bubis, dem ich sehr verbunden war, schrieb mir einmal, um Rat bittend, nachdem Islamisten an ihn herantreten waren, um ihn für die Bildung eines jüdisch-islamischen Bündnis zu gewinnen. Der kluge Bubis war weniger blauäugig als viele seiner Mitbürger und ließ einen Mitarbeiter recherchieren, der prompt den Namen jener Gruppe im Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz entdeckte. Bubis verstand die Welt nicht mehr und bat mich als liberalen Muslim und Dialogpartner um Klärung. Ich habe ihm erläutert, wie die Islamisten Europa als Hinterland instrumentalisieren und islamische Zuwanderung für sich missbrauchen, wollen sie durch ein Scheinbündnis auch die jüdische Gemeinde für sich nutzen. Dies können sie erreichen, wenn es gelingen sollte, die falsche Parallele Antisemitismus/Antiislamismus durchzusetzen. In Vorahnung der Gleichsetzung von Antisemitismus und Antiislamismus riet ich Bubis, von einer Unterstützung der Islamisten Abstand zu nehmen, und er befolgte diesen Rat. Denn wären die Islamisten erfolgreich, eine solche Koalition zu schließen, dann könnte keiner auch nur ein Wort gegen sie sagen und keine Behörde in Europa gegen sie handeln.“

Auch der Psychologe und Autor Ahmad Mansour warnt hinsichtlich „Meet2respect“ (gemeinsames Fahrradfahren von Rabbinern und Imamen) vor einer Gefahr der Instrumentalisierung:

„Der Psychologe und Autor Ahmad Mansour etwa warnte: ‚Die jüdische Gemeinschaft darf nicht so naiv sein und sich von solchen Initiativen in-

9. Bassam Tibi: „Islamische Zuwanderung und ihre Folgen. Der neue Antisemitismus, Sicherheit und die ‚neuen Deutschen‘.“ Stuttgart: 2018, 516 Seiten, S. 124 ff.

strumentalisieren lassen.‘ Anlass für die Warnung war die Teilnahme Mohamed Taha -Sabris, des Imams der Neuköllner Begegnungsstätte (NBS), und Khaled al-Seddiqs, des Imams des Interkulturellen Zentrums für Dialog und Bildung e. V. (IZDB), an der Tandemfahrt. Beide Moscheen werden wegen ihrer Verbindungen zur islamistischen Muslimbruderschaft im Berliner Verfassungsschutzbericht genannt. Im vergangenen Jahr wurde ein Foto öffentlich bekannt, auf dem Sabri die rechte Hand mit ausgestreckten Fingern und eingeklapptem Daumen hochhält. Diese sogenannte Rabia-Geste gilt seit dem Massaker an Muslimbrüdern vor der Rabi’a-al-Adawiya-Moschee in Kairo vom 14. August 2013 als Erkennungszeichen der Muslimbruderschaft.“

Allen Projekten ist gemeinsam, dass sie vollständig von einer öffentlichen Finanzierung abhängig sind und es Inssan bisher noch nicht vermocht hat, Eigenkapital aufzubauen.

Finanzierungen von Inssan-Projekten (2010-2018) *)										
Projekt	Geldgeber	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Netzwerk gegen Diskriminierung	OSI **)		38.000	29.622	32.473		100.000 \$			
	Berlin	26.799	22.509	34.210	32.915	35.756	45.461	54.081	60.879	78.729
Wegweiser	Bund							42.129	42.129	95.947
	Berlin							53.263	53.263	55.000
NoG **)	Berlin								101.710	
<i>Summe</i>		<i>26.799</i>	<i>60.509</i>	<i>63.832</i>	<i>65.388</i>	<i>35.756</i>	<i>(145.000)</i>	<i>149.473</i>	<i>257.981</i>	<i>229.676</i>
*) Die Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vom Inssan e.V. werden dazu keinerlei Zahlen genannt Für das Inssan-Projekt ASMA "Aktive Stärkung Muslimischer Akteur*innen" sind 81.504 Euro (für 2020) und 83.036,28 Euro (für 2021) angesetzt. Für die unter INSSAN-Koordination stehenden Projekte sind für JUMA 40.000 Euro (in 2020) und 81.504 Euro (in 2021) vorgesehen, für CLAIM 42.536 Euro (in 2017).										
**) OSI = Open Society Institut, NoG = Nicht ohne meinen Glauben, (100.000) = US-Dollar										
Quellen: Die im Text genannten BT-Drucksachen und die Drucksachen des Berliner Abgeordnetenhauses										

Die Finanzierungssummen sind jedoch nur ‚Brösel‘ von verschiedenen ‚großen Kuchen‘. Entsprechend den Angaben in der Bundestagsdrucksache 19/1012 sind zur „Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ sowie für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zusammen (2015) 78 Mio. Euro (78.419.227), für 2016 sind 99 Mio. Euro (98.552.306) und für 2017 sind 200 Mio. Euro (200.320.537) eingeplant.

„Für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie (Kapitel 1702 Titel 684 04) waren im Bundeshaushalt für 2015 40 500 000 Euro, für 2016 50 500 000 Euro und für 2017 104 500 000 Euro eingeplant. Die Entwicklung der Höhe der jeweils zur Verfügung stehenden Mittel ist begründet durch die Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers. Die Gesamtausgaben im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ betragen 37 919 227 Euro (2015), 48 052 306 Euro (2016) und 95 820 537 Euro (2017).“

Die Steigerungsraten sind deutlich und mit den richtigen Kontakten sowie einem gefälligen Projektkonzept sind 50. – 100.00 Euro auch für kleinere Vereine in überschaubarer Reichweite.

Weitere Projekte, mit denen Inssan direkt etwas zu tun hat, bei denen der Verein selbst aber nicht als Projektträger auftritt, veranschaulichen das Verwirrspiel „Wer fördert wen oder was?“.

Juma – Jung, muslimisch, aktiv.

2010 auf Initiative der damaligen Referentin des Innensenators Körting (SPD) und aktuellen Staatssekretärin beim Regierenden Bürgermeister, Sawsan Chebli und anderer Muslime (SPD) gegründet, ist offiziell ein Projekt der RAA (Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie e.V.) und wird von der bei der RAA angestellten Lydia Nofal, damals wie aktuell Inssan-Vorstand, als Projektkoordinatorin neben Kofi Ohene-Dokyi als Projektleiter organisiert.

Auf der JUMA-Internetseite wird erläutert, dass das JUMA-Projekt von ihr „gesteuert“ wurde:

„Zwischen 2010 und 2014 war Sawsan Chebli Grundsatzreferentin im Stab der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Berlin. Hier arbeitete sie eng mit dem jeweiligen Senatoren für Inneres und Sport, Herrn Ehrhart Körting und später Frank Henkel, zu den Themen Islam, interreligiöser Dialog und Integration zusammen. Sawsan Chebli hat das JUMA-Projekt

entwickelt. Für die Senatsverwaltung für Inneres und Sport steuerte sie gemeinsam mit der RAA das Projekt.“

Das Projekt wurde von Sawsan Chebli auch selber auf dem 11. Berliner Präventionstag (2012) vorgestellt:

„Das JUMA-Projekt wurde im Dezember 2010 von der Autorin (Grundsatzreferentin für interkulturelle Angelegenheiten bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport) ins Leben gerufen und wird vom Bundesfamilienministerium aus dem Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“ finanziell gefordert. JUMA steht für jung, muslimisch, aktiv. [...] Das Projekt verfolgt zwei Ziele: Erstens geht es darum, muslimischen Jugendlichen eine Stimme zu geben. Sie sollen sich frei darüber austauschen, welche Fragen sie bewegen, was sie von der Politik erwarten und wo sie Defizite, aber auch Chancen sehen. Ein weiteres zentrales Ziel des Projekts ist es, dass muslimische Jugendliche Verantwortung übernehmen und unsere Gesellschaft mitgestalten. JUMA will bei muslimischen Jugendlichen das Interesse an Demokratieerfahrung stärken und den Jugendlichen die Möglichkeit bieten, ihre Einstellungen, Meinungen und Positionen in der politischen und medialen Öffentlichkeit zu artikulieren. [...] Direkte Zielgruppe des JUMA - Projekts sind muslimische Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren, die sich vor allem über ihre islamische Identität identifizieren. Die Auswahl der Jugendlichen erfolgt u.a. über Moscheevereine, islamische Jugendorganisationen oder Migrantenorganisationen, die sich der Arbeit mit muslimischen Jugendlichen widmen. Bisher nehmen ca. 100 muslimische Jugendliche aus Berlin regelmäßig an den Veranstaltungen des JUMA - Projektes teil.“

In einem Interview berichtet Lydia Nofal unter dem Zitat als Überschrift: „Wenn der Islam Teil Deiner Identität ist, bist Du bei uns richtig!“:

„JUMA ist eine Plattform, in der sich junge Muslim_innen einbringen können, die sich gesellschaftlich engagieren und mitgestalten wollen. Wir sagen immer, wenn ihr euch angesprochen fühlt, wenn über Mus-

lim_innen und Islam in Deutschland geredet wird, wenn ihr mitreden wollt, euch aber nicht gehört fühlt, dann seid ihr bei uns richtig. Es geht bei uns nicht darum, wie jemand seine Religion lebt. Wir wenden uns an alle, die den Islam als Teil ihrer Identität begreifen und zwischen 16 und 25 Jahren alt sind.“

Juma ist nun aber nicht nur die Abkürzung für „Jung, muslimisch, aktiv“ auf Deutsch, sondern stammt aus dem Arabischen. An einer Stelle heißt es, Juma heiße auf Arabisch das „Freitagstreffen“, an anderer Stelle nennt Staatssekretärin Sawsan Chebli (SPD) schon ansatzweise den richtigen Begriff, es sei Arabisch für das „Freitagsgebet“. („Im ‚Juma‘ Projekt, das ich ins Leben gerufen habe (‚Juma‘ steht für das Freitagsgebet, aber auch für ‚jung, muslimisch, aktiv‘), tragen neunzig Prozent der Mädchen ein Kopftuch.“

Das ist allerdings auch noch etwas untertrieben, da Juma das große Gebetsritual ist, das am Freitag während des für alle männlichen Muslime verpflichteten Moscheebesuch zelebriert wird. So schreibt Farid Suleiman von der Universität Erlangen-Nürnberg im Lexikon für Kirchen- und Religionsrecht über das Freitagsgebet¹⁰:

„Im Heiligen Koran und in den Ahadith ist die Wichtigkeit und Besonderheit des Juma betont worden. An diesem Tag zu beten und Allahs zu gedenken ist eine Möglichkeit besondere Segnungen zu erhalten. Die Zeit des Juma-Gebets ist dieselbe wie die des Sohr-Gebets. Das Juma-Gebet ist Pflicht für alle männlichen, erwachsenen Muslime, selbst wenn sie nur zu zweit sein sollten. [...] Wie das Juma-Gebet verrichtet wird: Sobald die Sonne ihren höchsten Punkt am Himmel überschritten hat, wird Asan (der erste von zweien, was eine Besonderheit des Juma-Gebets ist) gerufen. Jetzt ist die Zeit, die zum Juma gehörenden Sunna-Gebete zu verrichten. Bevor der Imam dann zur Khutba (Predigt) aufsteht, wird der zweite Asan gerufen. Anschließend erhebt sich der Imam und rezitiert das folgende

10. Farid Suleiman, „Freitag“, in: Lexikon für Kirchen- und Religionsrecht, Herausgeber: Heribert Hallermann, Thomas Meckel, Michael Droege, Heinrich de Wall, 2019, Band 2.

Gebet sowie gleich daran anschließend die Sure AL-FATEHA.“ Das F [reitagsgebet] ist Pflicht für jeden erwachsenen, männlichen, freien, zurechnungsfähigen, ortsansässigen (d. h. nicht-reisenden) Muslim, der sich nicht weiter als knapp sechs Kilometer vom Ort des F[reitagsgebets] befindet. Nach einem Prophetenwort versiegelt Gott das Herz desjenigen, der das F[reitagsgebet] aus Geringschätzung drei Mal in Folge unterlässt. Frauen u. Kindern ist die Teilnahme freigestellt. Zurückgeführt wird diese Pflicht auf die in Medina verkündete Sure 62 des Korans mit dem Titel ‚Der Freitag‘.“

Der Orientalist Stefan Wild verweist zudem facettenreich auf den Freitag „als besonderen islamischen Tag“¹¹ hin, mit dem eine ganze Reihe verschiedener Handlungen am Vorabend bzw. am Freitag als besonders gesegnet galten, u. a. die große rituelle Waschung vor dem Gebet, sich die Nägel zu schneiden und den Bart zu trimmen. „Auch der Geschlechtsverkehr am Vorabend des Gebets war besonders segensreich.“

Auf der Jahrestagung der AK Muslime in der SPD 2017 wird auch das JUMA-Projekt vorgestellt:

„Auf die Grußworte folgten drei inhaltliche Impulse. Zunächst sprach Mehmet Senel, Landesprojektkoordinator von „Hessische Muslime für Demokratie und Vielfalt“ (HMDV). Er stellte das Projekt HMDV vor und erläuterte dabei Chancen und Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen, insbesondere mit den Religionsverbänden. Daraufhin stellte Loubna Doudouh das Projekt JUMA – „Jung – Muslimisch – Aktiv“ vor. Sie hob hervor, dass JUMA ein Ort gelebter religiöser und kultureller Vielfalt sei. Dabei seien besonders Offenheit, Respekt und Toleranz wichtig. Ziel des Projektes sei das Empowerment muslimischer Jugendlicher.“

11. Stefan Wild: „Alle Tage ist kein Freitag. Bemerkungen zu Freitag, Feiertag und Alltag in der islamischen Welt“, in: Alltagsleben und materielle Kultur in der arabischen Sprache und Literatur, Hrsg. von Thomas Bauer und Ulrike Stehli-Werbeck, Wiesbaden, 2005, S.399-409.

Kein Wort von „Islam als Teil der Identität“ sondern „gelebte religiöse Vielfalt“.

Ist es ein Widerspruch, wenn einerseits eine Organisation der freien Jugendhilfe, wie JUMA, junge Frauen motiviert und darin bestärkt („Empowerment“) ihren muslimischen Glauben öffentlich zu bekennen in dem sie u. a. Kopftücher tragen? Andererseits sind die beiden treibenden Kräfte für JUMA, die Staatssekretärin Sawsan Chebli und die Projektkoordinatorin Lydia Nofal beide ausdrücklich gläubige Musliminnen, tragen aber beide kein Kopftuch – Frau Chebli, weil man mit einem Kopftuch keine Karriere machen könne, und Frau Nofal, weil sie nicht angestarrt werden möchte. Von den Mädchen im JUMA-Projekt wird jedoch offensichtlich implizit erwartet – wenn 9 von 10 das tun -, dass sie ein Kopftuch tragen, d. h. dass sie angestarrt und keine Karriere machen werden? Das klingt eher nach bewusster Instrumentalisierung und Ausgrenzung. Es wäre kein Widerspruch, wenn die Absicht darin liegt, zukünftige Funktionärinnen aufzubauen, die in einem muslimischen ‚Innenbereich‘ verbleiben – außerhalb des säkularen Mainstreams der Gesellschaft -, wo sie unter sich bleiben, also nicht angestarrt werden, und in diesen randständigen Organisationen Karriere machen? Insofern ist zu fragen, ob das JUMA-Projekt etwas zur Integration beiträgt und nicht eher eine explizite Missionierung und Ausgrenzung darstellt?

Dieses JUMA-Projekt fällt zudem in eine Situation, in der in der Studie (2016) „Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland“ festgestellt wird, dass die Jüngeren einerseits seltener in einer Moschee gehen und seltener beten, aber andererseits eine höhere Selbsteinschätzung ihrer Religiosität äußern als die Älteren. Ist es „ein demonstratives Bekenntnis zur eigenen kulturellen Herkunft“?

„Die Muster der Balance zwischen Anpassungsbereitschaft und Selbstbehauptung wiederholen sich, wenn es um die Religiosität der Türkeistämmigen in Deutschland geht. Auf der einen Seite erweist sich im Hinblick auf die traditionelle religiöse Praxis die zweite/dritte Generation als weniger aktiv als die erste Generation. So besucht die zweite/dritte Generation weniger häufig die Moschee als die erste Generation (23 vs. 32 % wöchentlich oder öfter) und bekundet auch deutlich seltener, mehrmals am Tag das persönliche Gebet zu verrichten (35 vs. 55 %). Auf der anderen

Seite schätzt sich die zweite/dritte Generation als religiöser ein als die erste Generation (72 % vs. 62 % „tief“, „sehr“ bzw. „eher“ Religiöse). Möglicherweise spiegeln die Antworten auf diese Frage weniger die ‚tatsächlich gelebte‘ Religiosität wider als vielmehr ein demonstratives Bekenntnis zur eigenen kulturellen Herkunft.“

Der große Veranstaltungssaal im ‚Roten Rathaus‘ in Berlin (dem Amtssitz des Regierenden Bürgermeisters) wird für JUMA-Veranstaltungen kostenlos zur Verfügung gestellt.

Nach Angaben der Robert-Bosch-Stiftung zu den Teilnehmerzahlen heißt es: „In enger Zusammenarbeit mit Moscheen und islamischen Organisationen werden zwischen April 2014 und April 2016 rund 100 Jugendliche zu Multiplikatoren und ‚Brückenbauern‘ ihrer Gemeinden geschult.“ Das sind 50 Jugendliche pro Jahr. Die Finanzierung bleibt unklar, da die Robert-Bosch-Stiftung auf Anfrage keine Auskunft gibt und auf die Leitung des JUMA-Projektes verweist, von der aber, auf Anfrage, keine Antwort oder Auskunft erfolgte.

CLAIM-Allianz

Im Juni 2018 gegründet, mit 38 Mitgliedsorganisationen. Der Name trägt im rechten Teil die Anfangsbuchstaben der „Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit“ in sich. Und das CL? Wie auf Anfrage gesagt wurde, hat „das CL keine Funktion als Akronym. Der Name ist unter anderem gewählt worden, weil er international verwendbar ist und für ein selbstbewusstes Eintreten für unsere Ziele steht.“

Im Haus der Bundespressekonferenz am 26. Juni 2018 wurde die Allianz vorgestellt. Die Teilnehmer waren:

- Thomas Heppener (Leiter des Referats „Demokratie und Vielfalt“, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)
- Nina Mühe (Projektverantwortliche CLAIM)
- Zeynep Cetin (Inssan e.V. - Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit)
- Eva Andrades (TBB-Türkischer Bund-Brandenburg Projekt ADNBB)

- Das Bemerkenswerte ist nicht allein, dass ein zuständiger Ministerialbeamter mit auf dem Podium sitzt, sondern, dass es ein Referatsleiter ist. Thomas Hepener (Jahrgang 1966) leitet im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) das Referat 102 „Demokratieförderung“ und ist damit auch zuständig für das Programm „Demokratie leben!“, aus dem im Jahr 2020 insgesamt 115,5 Millionen Euro ausgezahlt werden.

Nach Bundesministerin Dr. Franziska Giffey liegt die Bedeutung auch vor allem in der kommunalen Förderung:

„Zwei Schwerpunkte sind mir in der neuen Förderperiode von ‚Demokratie leben!‘ besonders wichtig: Erstens: Wir verstärken unser Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus. Erstmals wird es eigene Kompetenznetzwerke mit erfahrenen Trägern auf Bundesebene geben, um die Arbeit gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus zu bündeln und weiter zu verbessern. Zweitens: Wir haben einen Fokus auf die Zivilgesellschaft vor Ort gelegt. Zusätzliche Mittel fließen an die ‚Partnerschaften für Demokratie‘ in 300 Kommunen, in denen bisher jährlich mehr als 4.000 Einzelprojekte umgesetzt wurden. ‚Demokratie leben!‘ ist auch in der zweiten Förderperiode ein starkes Programm für unsere freiheitliche Demokratie.“

Die Mittelausstattung von „Demokratie leben!“ ist bis 2023 gesichert und zu den Begünstigten gehören u. a.

- Aktion Courage e. V.
- Schule ohne Rassismus, Berlin
- RAA Berlin, Berlin
- CLAIM
- Teilseind e. V. Geschäftsstelle Berlin
- Ufuq e. V., Berlin. (In der „Partnerschaft für Demokratie“ des Berliner Bezirks Neukölln lautet das „Leitziel 1: Vereinbarkeit von Islam und Demokratie verdeutlichen.“)

Damit ergibt sich eine stringente Abfolge im erfolgreichen Lobbyismus von Inssan: Erst die „christliche Rückendeckung“ mit Einladungen als Teilnehmer/Referent in die Evangelische Akademie Loccum (2004-2006), dann die Kontaktaufnahme in der Akademie Loccum (2009) zwischen Referatsleiter „Jugendarbeit“ des BMFSFJ, Inssan, Muslimischer Jugend und Milli Görüs. Das allerdings blieb alles außerhalb einer größeren Öffentlichkeit. Die Pressekonferenz im Haus der Bundespressekonferenz verdeutlicht nun die öffentliche Anerkennung durch das zuständige Bundesministerium und damit ‚den Segen (und das Geld) von oben‘.

In der Selbstdarstellung von CLAIM heißt es:

„Rassismus und Diskriminierung sind kein Problem einer Minderheit, sondern gefährden unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Mit CLAIM arbeiten wir an diesem wachsenden gesamtgesellschaftlichen Problem. Wir setzen Entwicklungen, die das Gemeinwohl in Deutschland und in Europa gefährden, Information und Prävention entgegen. Wir bilden eine breite gesellschaftliche Allianz gegen die Ausgrenzung von Musliminnen und Muslimen, gegen Intoleranz, Diskriminierung, Islam- und Muslimfeindlichkeit.“

Die CLAIM-Projektleiterin Nina Mühe ist (nach Bericht von Inssan-Beirätin Barbara John) auch Mitglied im Inssan e.V., und Inssan selbst gehört zum Kreis der Experten, die für die CLAIM-Allianz beratend wirken:

- Prof. Iman Attia (Professorin für Critical Diversity Studies, Rassismus und Migration an der Alice Salomon Hochschule, Berlin)
- Daniel Bax (Projektleiter beim Mediendienst Integration, im Vorstand der Neuen Deutschen Medienmacher)
- Engin Karahan (Politikberater und Beiratsmitglied der Alhambra Gesellschaft)
- Lydia Nofal (Projektleiterin INSSAN e.V.)
- Prof. Dr. Werner Schiffauer (Senior Scholar der Europa Universität Viadrina, ehem. Vorsitzender des Rats für Migration)
- Aliyeh Yegane (Bereichsleitung Diskriminierungsschutz und Diversity an Schulen bei LIFE e.V.)

- Lamy Kaddor (Projektleiterin des Forschungsprojekts zur „Islamfeindlichkeit im Jugendalter“, Mitgründerin Liberal-Islamischen Bund e.V.)“

Man könnte diese Experten, die in verschiedenen Variationen immer wieder genannt werden, auch den ‚Schiffauer-Kreis‘ nennen.

„CLAIM“ ist ein Projekt der MUTIK gGmbH und des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und wird von der der Stiftung Mercator gefördert.

Es ist ein intellektueller Spaß und zeigt, dass da intelligente Leute am Arbeiten sind. Wie bei „Juma“ das arabische Original unmissverständlich verdeutlicht, worum es inhaltlich geht (das große Freitagsgebet und damit „Islam als Identität“) so ist es auch bei „CLAIM“. Es hat (im Englischen) auch die Bedeutung eines abgestecktes Feldes, für das man nur selber die Lizenz hat, darin nach Gold zu schürfen. Wie auch bei anderen Projekten, z. B. dem Feminismus, geht es auch und erst einmal um die Schaffung von staatlich finanzierten Arbeitsplätzen für sich selbst. Dazu schreibt die türkische Anthropologin Esra Özyürek¹²:

„Obgleich im öffentlichen Diskurs unsichtbar, sind deutsche Konvertiten in öffentlichen Funktionen, die mit dem Islam zu tun haben, überrepräsentiert - etwa als Vorsitzende bundesweiter islamischer Organisationen, muslimische Vertreter im interreligiösen Dialog. Verfasser islamfreundlicher Zeitungskommentare oder auch als Wissenschaftler, die staatlich geförderte oder universitäre Forschungsprojekte über Muslime durchführen. Viele gebürtige und konvertierte Muslime erklärten mir zwar, zu einer Zeit, als die meisten Anhänger ihres Glaubens in Deutschland Gastarbeiter mit ungenügenden Sprachkenntnisse und sozialen Kompetenzen gewesen seien, habe es dazu keine Alternative gegeben, diese Tendenz scheint jedoch keineswegs nachzulassen, sondern könnte sich zu einer Tradition verfestigen.“

12. Esra Özyürek: „Deutsche Muslime - muslimische Deutsche. Begegnungen mit Konvertiten zum Islam.“ Heidelberg: 2017, 176 Seiten. Seite 50.

Was bin ich? Und wenn, wie viele?

Eines der Kennzeichen von weltanschaulich engagierten Organisationen, die zwar für eine große Anhängerzahl steht, wobei aber die Diskrepanz zwischen Engagierten und Anhängern deutlich wird, sind in Deutschland die Evangelikalen, die wie „Potemkinsche Dörfer“ ständig neue Organisationen und Aktionen gründen, aber immer mit so ziemlich dem gleichen Personal. Zwischen dem Anspruch und der Realität befindet sich anscheinend auch der Inssan e. V. als muslimische Organisation, die für Antidiskriminierung und schrankenlose Religionsfreiheit eintritt.

Betrachtet man sich die persönlichen Mitgliedschaften der Vorsitzenden und des Geschäftsführers des Inssan e.V. so vereinigen die beiden zusammen zehn Organisationen auf sich.

Dabei wird auch eine gewisse Arbeitsteilung sichtbar: Die Vorsitzende Lydia Nofal organisiert (als Frau) eher das zivilgesellschaftlich/politische Spektrum (RAA, Aktion Courage, AK Muslime der SPD, Leadership Berlin und JUMA), der Geschäftsführer Mohamad Hajjaj ist (als Mann) eher für die religiösen Verbindungen zuständig (Muslimische Jugend, Islamische Föderation, IBMus, teiba-Kulturzentrum/Moschee, Zentralrat der Muslime-LV Berlin). In der für Inssan wichtigsten politischen Organisation (SPD) und ebenso in der für Inssan wichtigsten religiösen Organisation (ZDM) sind beide Mitglieder.

Da jede Organisation und auch jedes (noch so kleine) Projekt ein eigenes Logo hat, können jetzt eine ‚bunte Vielfalt‘ von Logos eine ganze Menge darstellen:

- Bei dem Projekt WEGWEISER wird als Träger genannt: Inssan, als Kooperationspartner: Zentralrat der Muslime und JUMA. Den Kooperationsvertrag kann Frau Nofal also dreimal alleine unterschreiben.
- Für die Fachkonferenz (Oktober 2019) „Flucht, Migration, Heimat(en) – Muslim*innen in Deutschland“ sind die Einladenden: Inssan e.V., das Projekt WEGWEISER und das Projekt „Nicht ohne meinen Glauben“ – also alles Inssan-Eigenmarken.
- Zum Workshop (November 2019) „Bloggen gegen Islamfeindlichkeit“ sind die Veranstalter das Teiba Kulturzentrum, Inssan und das Projekt „Netzwerk gegen

Diskriminierung und Islamfeindlichkeit“ – das kann der Geschäftsführer dreimal alleine unterschreiben.

- Auf dem „Appell Religiöse Organisationen zur Kausa Amazonas“ (2019) gegen die dortige Feuerkatastrophe, werden die Logos von 17 Erstunterzeichnenden abgebildet, 6 davon sind direkte personelle Inssan-Vernetzungen: Islamische Föderation, IBMus, Zentralrat der Muslime, Teiba e.V., Muslimisches Seelsorge Telefon und Inssan selber.
- Zur Islamwoche (Dezember 2019) werden zwei Veranstalter mit Logo genannt: Islamische Föderation und IBMus, Kooperationspartner sind: Inssan und das IZDB (Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung). Sponsoren sind neben sechs Restaurants wie Halal-Fleischereien und einem Finanzdienstleister auch – ist das IZDB nah, darf es nicht fehlen - Islamic Relief.



Islamwoche 2019 PHÄNOMEN QURAN

10-11-12 Dezember 2019
17.30 – 21.30 Uhr

Kooperationspartner:



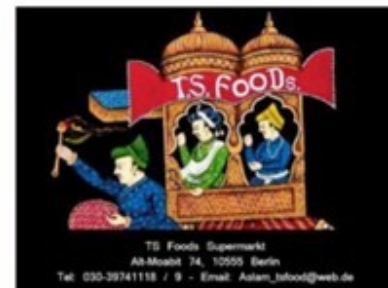
Sponsoren:



Finanzdienstleister



Restaurant



Diese Beispiele lassen sich relativ beliebig forstsetzen. Das Grundprinzip ist das gleiche: Es wird eine Vielfalt dargestellt, die so nicht vorhanden ist.

Gleichzeitig zeigen die Ankündigungen von Veranstaltungen und die dabei genannten Sponsoren - so auch die Sponsoren des Inssan Festivals 2006 - dass es in Deutschland für die Organisationen, die ihre Mitglieder anleiten, nach den Regeln des Islams zu leben – vor allem in der Unterteilung in „halal“ (erlaubt) und „haram“ (nicht erlaubt) – auch wirtschaftlich einiges zu verdienen gibt.

Alleine die Türken und Türkeistämmigen in Deutschland haben eine Kaufkraft von mehr als 20 Milliarden Euro und von den 400 Unternehmen, die in Deutschland Halal-Produkte anbieten, werden ca. fünf Milliarden Euro umgesetzt. Von den jährlich rund 40.000 Verstorbenen Muslimen in Deutschland werden rund 85 Prozent in die Heimat überführt, da es kostengünstiger ist (2.000 Euro) als eine Beerdigung in Deutschland (6.000 Euro) und auch im engsten Familienkreis keine rd. 40 Verwandten Visa beantragen und Flüge und Hotel bezahlen müssen. Das ist eine Umsatzgröße von rund 70 Mio. Euro.

Die großen Organisationen wie Milli Görüs nennen auf ihren Internetangeboten (und wohl auch vor Ort) Dienstleistungen wie den IGMG Bestattungshilfeverein e. V. oder für die vorgeschriebene Pilgerreisen nach Mekka eigene Reisebüros wie die IGMG Hadsch und Umra Reisen GmbH.

Da Inssan sich als religiöse Organisation versteht, die politikbezogen aktiv ist, werden derartige Dienstleistungen und Verdienstmöglichkeiten nicht realisiert.

Was für einen Islam vertritt Inssan?

Es gibt kein öffentlich zugängliches Dokument, in dem Inssan erklärt, skizziert oder erläutert, welcher Glaubensrichtung oder Auslegung des Islam der Verein nahe ist oder zugehört. Das ist wie eine Leerstelle oder wie ein Rätsel, was bei einer Organisation, die sich explizit als muslimisch bezeichnet, erstaunlich ist.

Legt man jedoch zugrunde, was das Oberverwaltungsgericht Berlin 1998 in seiner Entscheidung, dass die Islamische Förderung Berlin eine Religionsgemeinschaft sei (OVG 7 B 4/98)¹³ dazu ausgeführt hat, ist diese Nachfrage nicht nur völlig überflüssig, weil sinnlos, sondern sogar unzulässig:

„Der auf Koran und Sunna beruhende Glaube reicht für einen Konsens aus. Dabei ist es entgegen der Auffassung des Verwaltungsgerichts rechtlich unerheblich, daß Koran und Sunna (überlieferte Aussprüche, Handlungen und Entscheidungen des Propheten Mohammed) die Glaubensgrundlage aller Moslems sind. Denn es kann - wie dargelegt - nicht verlangt werden, daß sich der Kläger auf eine bestimmte Glaubensrichtung innerhalb des Islam festlegt, insbesondere sich bei der mehrheitlich sunnitischen Glaubensrichtung seiner türkischen Mitglieder satzungsmäßig von der schiitischen oder einer anderen Glaubensrichtung abgrenzt. Wenn der Kläger, wie er vor dem Senat ausdrücklich erklärt hat, seine umfassende auf Koran und Sunna basierende Glaubensrichtung als ökumenisches Religionsverständnis versteht, so ist dies als Ausdruck seines religiösen Selbstverständnisses zu respektieren. [...] Es ist bekannt, daß der Islam korporative Organisationsformen vergleichbar mit denjenigen der christlichen Kirche nicht kennt, hierarchische Strukturen lehnt er ab. Es bedarf keines Priesters, sondern der Muslim steht - ohne Mittlerfigur - in unmittelbarer Beziehung zu Gott. Der Islam kennt keinen Klerus nach europäisch-christlichem Verständnis und repräsentative Gemeindevertretungen sind ihm fremd. Er verfügt nicht über Instanzen, die verbindlich

13. <https://www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/entscheidungen/entscheidungsversand/>

mit amtlicher Autorität in Glaubensdingen sprechen könnten. Deshalb steht die Tatsache, daß sich der klagende Dachverband nicht über die üblichen Mindeststrukturen eines eingetragenen Vereins hinaus organisiert hat und ein religiöses Oberhaupt satzungsgemäß nicht festgeschrieben ist, im inneren Zusammenhang mit Inhalt und Selbstverständnis des Islam und ist vom Beklagten als Ausfluß des Selbstbestimmungsrechts dieser islamischen Religion hinzunehmen. Es sind also - entgegen der Auffassung des Verwaltungsgerichts - gerade nicht die vorgeblichen Maßstäbe abendländischer Rechtstradition anzulegen und eine Anpassung der inneren Organisationsstruktur islamischer Vereinigungen an vergleichbare Strukturen der christlichen Kirche zu verlangen.“

Allerdings zeigt eine Schilderung über die ersten Sitzungen des Islamforums Berlin, dass die Frage nach „dem Islam“ der Realität entspricht, da die verschiedenen Gemeinschaften sich gegenseitig durchaus absprechen „Muslime“ zu sein.

„Hinsichtlich der von den Veranstaltern auch als ‚explosiv‘ beschriebene Zusammensetzung der muslimischen Beteiligten, äußert ein Teil der Befragten vor allem zu zwei Aspekten Kritik. Ein erster kritischer Punkt stellt für sie die Teilnahme der Ahmadiyya-Gemeinde-Berlin und der Aleviten am Berliner Islamforum dar, da es sich bei diesen Gruppen nicht um ‚Muslime‘ handele und sie somit, nach Ansicht einiger Befragter, auch nicht unter einen „Dialog mit dem Islam“ fallen. [...] Insofern bestätigt sich hier die Einschätzung, dass die verschiedenen muslimischen Beteiligten sich untereinander erstaunlich gut im Forum ‚ertragen‘, ohne sich gegenseitig zu ‚exkommunizieren‘, wozu sie üblicherweise gerne neigen. Auch die von den Veranstaltern gesuchte ‚Vielfalt des Moscheenlebens, des Gemeindelebens‘, die sich in der Zusammensetzung des Forums widerspiegeln soll, wird von einigen der Befragten kritisch als unvollständig betrachtet. Einigen Stimmen geht diese angestrebte Vielfalt noch nichtweit genug und sie fordern die Teilnahme weiterer muslimischer Gruppen und Nationalitäten, die in der bisherigen Zusammensetzung unberücksichtigt geblieben sind. An dieser Stelle zeigen sich deutlich zwei Schwierigkeiten

im Austausch mit ‚den Muslimen‘ in Deutschland. Erstens führt die große Heterogenität innerhalb des Islam zu der Überlegung, wer überhaupt an einem ‚Dialog mit dem Islam‘ teilnehmen sollte und andererseits führt die Tatsache, dass es keine zentrale Instanz aller Muslime gibt, zu der schwierigen Abwägung, wer für ‚die Muslime‘ in Berlin einen Repräsentationsanspruch erheben kann.“

Anlässlich der medialen Aufmerksamkeit (2007/2008) um den geplanten Moscheebau am Mierendorffplatz in Berlin hat sich die Mitbegründerin von Inssan e.V., Lydia Nofal, in vier Interviews dazu geäußert, welchen Islam der Inssan e.V. vertritt. Das erste war im (November 2007) im Deutschlandfunk:

„Auch Lydia Nofal definiert für sich neu, welche Rolle Konvertiten in der islamischen Gesellschaft einnehmen. Die 40-jährige Politologin und Mutter von drei Kindern studierte in London in einem multikulturellen Umfeld, bekam Kontakt zu Muslimen und fühlt sich seit nunmehr 16 Jahren im Islam heimisch. In Berlin hat sie gemeinsam mit anderen den Verein Inssan gegründet, – eine muslimische Gruppe, die sich ausdrücklich an der Lebenswirklichkeit in Deutschland orientieren will. ‚Wir unterscheiden zwischen Muslimen, die hier sozialisiert sind, deren Muttersprache Deutsch ist, und zwischen Migranten der ersten Generation, die doch immer noch sehr stark heimatorientiert sind und für die Deutsch auch eine Fremdsprache sind. Und für uns ist wichtig, dass die deutschen Muslime, die Muslime der zweiten und dritten Generation oder eben auch Konvertiten, mehr und mehr auch Einfluss nehmen auf die Arbeit in der Community. Es geht drum, ob man hier heimisch ist oder nicht.‘ Moscheevereine, deren Mitglieder mehrheitlich Migranten sind, regeln nach Auffassung von Lydia Nofal ihre Angelegenheiten heute mehr und mehr eigenständig. Die Bedeutung der Konvertiten schwindet, so die deutsche Muslima. Und umgekehrt? Lydia Nofal, die kein Kopftuch trägt, weil sie es hasst, deswegen schief angesehen zu werden, beansprucht, dass ihr Verein Inssan theologisch als unabhängig wahrgenommen wird, auch wenn wohl islamistische Stiftungen die geplante Inssan-Moschee mit-

finanzieren werden. ‚Niemand versucht, uns zu unterwandern‘, sagt SPD-Mitglied Nofal. ‚Wir suchen den Kontakt mit den anderen muslimischen Organisationen, wir kooperieren mit ihnen, wir binden sie ein in unsere Arbeit in den Bereichen, wo wir die gleichen Ziele haben, eben auch zusammenzuarbeiten, und ich sehe da eine sehr, sehr breite Übereinstimmung.‘ Es sei eine mal pragmatische, mal herzliche Zusammenarbeit – und wenn die befreundeten Vereine traditionellere Islamvorstellungen vertreten, dann werde das entweder respektiert oder diskutiert.“

Diese Darstellung einer „theologischen Unabhängigkeit“ zeigt sich auch in einem Interview mit BZ-Berlin, in dem sie sich dazu geäußert, dass ihr die „Einfachheit des Islam“ gefalle und Inssan „keinen sehr konservativen Islam“ vertrete:

„Der geplante Moscheebau in Charlottenburg. Für sechs Millionen Euro will der Verein ‚Inssan‘ am Mierendorffplatz ein muslimisches Zentrum errichten. Erstmals äußerte sich jetzt ein Inssan-Vorstandsmitglied zur Finanzierung der Moschee, die 700 Besuchern Platz bieten soll. 60 Prozent der Bausumme soll durch Moschee-Stiftungen in den Golfstaaten zusammenkommen, der Rest durch Spenden‘, sagt Lydia Nofal (40) aus Neukölln. Die gebürtige Sauerländerin ist Gründungsmitglied von ‚Inssan‘. Katholisch erzogen, trat sie vor 17 Jahren zum Islam über. ‚Mir gefällt die Einfachheit des Islam‘, sagt sie. Ein Kopftuch trägt die Mutter dreier Kinder nicht, die mit einem gebürtigen Palästinenser verheiratet ist. Die Finanziers – zwei namhafte arabische Machthaber. Der Eine ist Sultan Alkasimi, Herrscher des Emirats Scharja, der als Großaktionär des VW-Konzerns bereits eine Moschee in Wolfsburg errichten ließ. Der Andere der Herrscher von Katar. Er hat den TV-Sender al-Dschasira mitgegründet. Beide seien ‚keine verbohrten Fundamentalisten‘, so Nofal zu Befürchtungen von Bewohnern des Mierendorffplatzes. ‚Wir vertreten keinen sehr konservativen Islam. In unserer Moschee werden Männer und Frauen gemeinsam in einem Saal beten.‘ Auch werde es für Frauen keinen Druck geben, das Kopftuch zu tragen. Nofal bestätigte allerdings, dass der 2002 gegründete Moscheeverein ‚Inssan‘ (50 Mitglieder) Kontakte zur Islam-

ischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD) unterhält. Die Gruppierung gilt nach Einschätzung von Verfassungsschutzbehörden als Ableger der fundamentalistischen Muslimbruderschaft aus Ägypten.“

Damit ist inhaltlich aber kaum etwas klarer geworden. Und ob das gemeinsame Beten in gemischter Form - Frauen und Männer nebeneinander in einem Saal – oder in getrennten Bereichen – Männer vorne, Frauen hinten im Saal - wird dadurch auch nicht ersichtlich. Diese „Einfachheit des Islam“ war auch für andere Konvertiten ein wesentlicher Aspekt für die Konversion („Christian heißt jetzt Abdul“).

Im Oktober 2007 druckt die taz ein Interview mit Lydia Nofal unter der Überschrift: „Der Islam braucht keine Kirche“.

„Wie ist denn Ihre Herkunftskultur? Woher kommen Sie? Ich komme aus einem kleinem Dorf im Sauerland, in NRW. Ein streng katholisches und sehr konservatives Dorf. Die Ecke ist schwärzer als Bayern: In die Kirche ging man dreimal in der Woche. Die SPD trat bei den Kommunalwahlen nicht einmal an. Haben Sie damals gegen das katholische und konservative Milieu rebelliert? Anfangs nicht, ich war auch in der Kirche sehr aktiv. Ich habe Bibellesungen gemacht. Ich kann mich erinnern, wie ich aus den Paulus-Briefen gelesen habe und dabei dachte, was liest du da eigentlich für ein Zeug? Mit 17 bin ich aus der Kirche ausgetreten und habe mich politisch eher links orientiert. Ich war taz-Leserin. Jetzt bin ich in der SPD. [...] Warum brauchten Sie eine andere Religion? Hatten Sie nicht die Nase voll davon? Was heißt brauchen - braucht man das? Man kann natürlich auch als Agnostiker durch die Welt gehen. Aber das ist eigentlich schade, weil man vieles dann gar nicht in der Lage ist wahrzunehmen, finde ich. Was denn zum Beispiel? Das finde ich sehr schwierig, in Worte zu fassen. Die ganze spirituelle Ebene ist sehr schwer wahrzunehmen, wenn man nicht an Gott glaubt. Im Koran ist die Rede von den Zeichen Gottes, man erkennt also nicht Gott selbst, aber man erkennt die Zeichen Gottes. Aber wenn ich an Gott glaube, die Zeichen Gottes erkennen möchte - brauche ich dann eine Religion, die mir Regeln vorschreibt? Die mir beispielsweise sagt: Du darfst jetzt bei Tageslicht nicht essen? Es geht ja nicht darum, ob

ich eine Religion brauche. Ich finde einfach, wenn man an Gott glaubt, dann weitet das den Blick. Und die Regeln sind ja nichts weiter als eine Hilfe, um Gott näher zu kommen. Das Fasten hilft uns zum Beispiel, uns von den alltäglichen Dingen etwas zu lösen und uns mehr auf das Wesentliche im Leben zu besinnen. [...] Ich fand im Christentum so einige Sachen nicht nachvollziehbar, nicht annehmbar. Dass Jesus auf die Welt kam, um die Menschen von der Erbsünde zu erlösen - das entspricht nicht meinem Menschenbild. Im Islam ist es anders, im Judentum auch: Dort wird der Mensch frei geboren, er muss nicht erlöst werden. Er ist als freier Mensch voll verantwortlich für seine Taten. Im Islam ist dadurch, dass zwischen dem Menschen und Gott keine Kirche steht, der Einzelne viel freier. Der Papst hat in seiner Regensburger Rede eine Verbindung zwischen griechischer Vernunft und katholischer Kirche hergestellt. Ich finde nicht, dass der katholische Glaube mit Vernunft vereinbar ist. Ich finde aber, dass Islam mit der Vernunft vereinbar ist. Um das zu begreifen, muss man aber erst mal zu den wirklichen religiösen Aussagen vordringen. Und sich damit auseinandersetzen.“

Im Januar 2008 sagt Lydia Nofal in einem Interview im Tagesspiegel („Ich trage ja auch kein Kopftuch“), dass Inssan „keinen sehr konservativen Islam“ vertrete.

„Wie soll sich der europäische Islam vom Islam arabischer Länder unterscheiden? In den Grundsätzen unterscheidet sich das nicht. Aber im Islam hat es immer verschiedene Meinungen zu vielen Themen geben. Zum Beispiel beim Thema Frauenrechte entwickeln wir hier andere Positionen. In vielen muslimischen Vereinen in Deutschland sind mittlerweile Frauen in den Vorständen vertreten. Inssan vertritt einen sehr konservativen Islam. Männliche Mitglieder geben mir, einer Christin, ungerne die Hand. Viele Frauen tragen Kopftuch. Soll es in der Charlottenburger Moschee getrennte Räume für Frauen und Männer geben? Wir vertreten keinen sehr konservativen Islam. In unserer Moschee werden Männer und Frauen gemeinsam in einem Saal beten. Es soll allerdings Frauenräume und eine Beratungsmöglichkeit für Frauen geben, die Probleme in der Ehe haben,

bei der Erziehung, bei der Jobsuche. Es gibt auch keinen Druck, Kopftuch zu tragen. Auch wenn wir es als religiöse Pflicht ansehen – ich trage es ja auch nicht.“

Auch in diesem Interview wird auf die Frage nach der Auslegungsvariante des Islam nur pauschal geantwortet. Es klingt eher nach einem ‚Do-it-yourself-Patchwork-Islam‘, wo sich jede und jeder seine Glaubenselemente zusammensucht und das dann als „muslimisch“ benennt, weil es sich auf den Koran bezieht, den man – ebenso wie die Bibel – sehr unterschiedlich und auch gegensätzlich interpretieren kann.

Die bekannte Konvertitin Kristiane Backer, die einer der Stars als Moderatorin des INSSAN-Festivals 2006 war, schreibt von ihrem Weg zum Islam¹⁴ und dem „Grundübel“ der westlichen Welt, d.h. dem „Mangel an Spiritualität“ und die fehlende „intime Erfahrung des Aufgehobenseins in Gott“:

„Ich las. Neugierig bat ich Imran, mir ein paar seiner Bücher zu leihen, und verkroch mich damit in die eigenen vier Wände. Er freute sich über mein Interesse. Gleich das erste Buch, das er mir gab, hinterließ einigen Eindruck bei mir. Es hieß Man and Islam und stammte von Ali Shariati, einem persischen Soziologen, der 1977 auf nie geklärte Weise ums Leben gekommen war. Er hatte lange im Iran an der Universität gelehrt, wurde aber immer wieder inhaftiert, weil seine Thesen den islamischen Regierungsoberen nicht staatskonform schienen. In dem Buch geht es keineswegs um Schleier, strenge Gebote oder Gebetszeiten, Shariati schreibt vielmehr über philosophische Konzepte und die wahre Erfüllung: ‚Von den Fesseln der Natur und Geschichte kann sich der Mensch durch Wissenschaft befreien. Aber um sich von dem Käfig des Selbst zu befreien und der Seele Schwingen zu geben, braucht er Liebe und Religion.‘ [...] Die Grundübel, unter denen insbesondere die westliche Welt leide, diagnostiziert der Autor weiter, seien der Mangel an Spiritualität, der fehlende in-

14. Kristiane Backer: „Von MTV nach Mekka. Wie der Islam mein Leben veränderte.“ Berlin, 2009, 331 Seiten. Seite 68/69.

„nere Rückhalt in einer heiligen Sphäre und die intime Erfahrung des Aufgehobenseins in Gott.“

Frau Backer stellt ihrem Buch die Widmung „Bismillahi Rahmani Rahim – Im Namen Gottes des Gnädigen, des Barmherzigen“ voran und beschreibt u.a.:

„Die Idee, dass der Islam einen Dritten Weg, quasi ein alternatives gesellschaftliches Modell gegenüber dem kruden Materialismus des Kommunismus und der schnöden Gier des Kapitalismus aufzeigen konnte, schien zu verlockend zu sein. Der Islam, der immer als rückständig und rückwärtsgewandt gegolten hatte, war mit den Schriften Schariatis plötzlich in der Moderne angekommen. [...] Seine sich um den Kampf der Ideen, den politischen Kampf und um ein neues Erziehungskonzept drehenden Schriften hatten großen Einfluss auf die jungen Intellektuellen des Iran und führten viele der fundamentalistischen Bewegung zu. [...] Mitte der sechziger Jahre hatte der Kreis der Geistlichen um den Ajatollah Chomeini, wie Mahmud Taleghani, Morteza Motahhari und Mohammad Beheshti, die Idee, einen neuen Typ von Moschee, die Hoseiniye-Erschād, zu entwickeln, um die iranische Mittelschicht anzusprechen. In diesem neuen Typus von Moschee saß man nicht auf dem Boden, sondern auf Stühlen und der Prediger stand vor einem Rednerpult und saß nicht auf einer erhöhten Kanzel. Ali Schariati wurde 1965 als Vortragsredner eingeladen und stieg bald zum Starredner der Institution auf, der die immer zahlreicher werdenden Hörer in seinen Bann schlug. Ali Schariati erhob in seinen Reden den Weg des schiitischen Märtyrers ‚zum einzigen Weg, der zur Wahrheit und Gerechtigkeit führt‘, und er forderte seine Zuhörer auf, ‚die Tyrannen zu töten oder zu sterben‘. Ali Schariati entwickelte die Theorie, dass es zwei Arten des Islams gebe, den ‚reinen und authentischen‘ Islam von Ali und den ‚korrumpierten Islam‘ der Safawiden, der herrschenden Klasse, der nichts als Unterdrückung und Ausbeutung mit sich gebracht hätte. Mit dieser Theorie stellte sich Schariati gegen die Geistlichkeit, die sich mehr und mehr von Schariati distanzierte und Fat-

was gegen ihn aussprach. Er wurde beschuldigt, den Wahabismus zu lehren oder vom schiitischen Glauben abgefallen zu sein.“

In der Betonung des „wahren Glaubens“ und des „wahren Islams“ hat diese Auslegung des Islam durchaus Ähnlichkeiten mit den orthodoxen („rechtgläubigen/strenggläubigen“) evangelikalischen Christen, die auch an die „wahre Bibel“ des „Wort Gottes“ glauben, ansonsten aber auch Pop-Festivals mit modernster Technik veranstalten. Insofern besteht auch – in der Glaubensausrichtung auf die „wahre Religion“ – durchaus eine religiöse Nähe zu Salafisten und zu einem „Pop-Dschihad“, d. h. einer Verbindung zwischen einem unbedingten Glauben als Teil der persönlichen Identität und einem ansonsten ‚individuellem‘ Leben – innerhalb der religiösen Regeln.

Jetzt erklärt sich auch, warum Inssan in der Anfangsphase (2003–2008) nicht nur taktisch die Nähe zu Milli Görüs und der Muslimbruderschaft gesucht hat – neben der Ditib sind sie die beiden größten Moscheebetreiber in Deutschland –, sondern auch inhaltlich ihrem Konzept eines „wahren Islam“ nahe steht.

Etablierung, weitere Vernetzungen und Verankerung

Der weitere Weg des Inssan e. V. lässt sich sowohl an Personen darstellen wie an Mitgliedschaften in anderen Organisationen.

Die bereits mehrfach genannte Inssan-Vorsitzende Lydia Nofal steht auch für weitere Vernetzungen des Vereins, ebenso wie der Inssan-Geschäftsführer Mohammad Hajjaj.

Lydia Nofal ist 2014 Mitbegründerin und Sprecherin des Arbeitskreis Muslime in der SPD, in dem auch Mohammad Hajjaj Mitglied ist. 2015 wird die stellv. Vorsitzende des ZDM- Berlin (Zentralrat der Muslime Landesverband Berlin), dessen Vorsitzender Hajjaj ist – als stellv. Vorsitzender des Teiba-Kulturzentrums. 2019 wird Lydia Nofal (Diplom-Politologin) als theologisch fachkundige Vertreterin des ZDM Mitglied im Beirat des Instituts für Islamische Theologie an der Humboldt-Universität Berlin. Mohammad Hajjij ist zudem Mitglied des Verwaltungsrates der Islamischen Föderation Berlin.

AK der Muslime in der SPD

Die „Deutschtürken“, d.h. die Mehrheit der Muslime in Deutschland, waren lange Jahre eine ‚feste Bank‘ in der Wählerschaft der SPD. So heißt es 2018 in der FAZ:

„Der SPD war ‚der Arbeiter‘ als treuer Wähler schon lange abhandengekommen, da konnte sie sich noch auf eine Gruppe verlassen: die Deutschtürken. Unter ihnen erreichte sie sagenhafte Ergebnisse. Bei der Bundestagswahl 2013 stimmten laut dem Meinungsforschungsinstitut „Data4U“, das sich auf Umfragen unter Migranten spezialisiert hat, 64 Prozent für die Sozialdemokraten. Da war die SPD noch ganz mit sich im Reinen, denn sie versteht sich seit jeher auch als Migrantenpartei. 2011 führte sie eine Quote ein, nach der in allen Parteigremien Migranten zu mindestens 15 Prozent vertreten sein müssen. Die Bundestagsfraktion hat überdurchschnittlich viele Migranten, vor allem Deutschtürken, in ihren Reihen.“

Es war also nur eine Frage der Zeit, dem politikbezogenen Islam in der Partei auch organisatorisch einen Platz zu verschaffen. Zumal die Grünen bereits einen entsprechenden Arbeitskreis gegründet hatten.

Im SPD-Jahrbuch 2013-2014 heißt es dazu (S.74):

„Im Jahr 2013 wurde die Gründung eines Arbeitskreises in mehreren Sitzungen mit unterschiedlichen Gesprächspartnerinnen und -partnern vorbereitet. Die Initiative ging maßgeblich von Sawsan Chebli aus, die kurz vor der Gründung zur stellvertretenden Pressesprecherin des Außenministeriums berufen wurde (und deshalb auf ein Sprecherinnenmandat verzichtete). Die politische Schirmherrschaft für den Parteivorstand übernahm Aydan Özoğuz.“

Am 14.12.2014 wird in Berlin der „Arbeitskreis muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AMKS)“ gegründet. Nicht-öffentliche Sitzung, auch keine Presse war zugelassen. Islamiq schreibt dazu „SPD als politische Heimat für Muslime?“

„Die Gründung fand nach Angaben verschiedener Teilnehmer unter kontroversen Debatten und Diskussionen statt. Mit einem zwinkernden Auge erklärte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Aydan Özoğuz, dass sie selten eine ‚so friedliche‘ Gründung eines Arbeitskreises erlebt habe. [...] Die stellvertretende SPD-Vorsitzende beglückwünschte den AKMS zur Konstituierung. Özoğuz stellte die neuen Sprecher Tuba Işık (Religionspädagogin), Atilla Ülger (SPD-Politiker in Duisburg), Lydia Nofal (Mitwirkende am juma-Projekt), Mohammed Ibrahim und Selma Yılmaz-İlkhan erstmals öffentlich vor. [...] Hochrangige Vertreter muslimischer Religionsgemeinschaften und Organisationen waren weder bei der Gründung noch in der Anschluss-Veranstaltung zugegen. Einzelne lokale Vertreter und Dialogbeauftragte verschiedener muslimischer Organisationen in Berlin waren als SPD-Mitglieder erschienen. Das Interesse der Organisationen an der Gründung eines ersten Arbeitskreises dieser Art scheint nicht vorhanden gewesen zu sein. Die erwartete und angekündigte Begrüßungsrede von Partei-Chef Sigmar Gabriel fiel zudem auch aus. Über die Hintergründe seines Fernbleibens wurde nichts bekannt. Angeblich sollen für die Gründung des AKMS über 1.500 Einladungen an SPD-Mitglieder in ganz Deutschland verschickt worden sein. Angesichts dieser Zahl wirkte die Veranstaltung jedoch wenig besucht. Einige Sitzplätze blieben leer.“

2017 berichtet der Tagesspiegel „SPD auf Tuchfühlung mit Salafisten“. Namentlich genannt wird Mohamed Ibrahim (dem Antisemitismus vorgeworfen wird), sowie Faten El-Dabbas. Dazu heißt es:

„El-Dabbas trat in der Vergangenheit zudem bei der Deutschen Jugend Palästina auf. Der Verband steht laut Auskunft des Berliner Innensenats der terroristischen Hamas nah. Derlei Engagement hielt die SPD jedoch nicht davon ab, El-Dabbas für Auftritte einzuladen. So trat sie 2015 bei einer SPD-Veranstaltung 2015 auf, bei der auch der damalige Parteichef Gabriel und Familienministerin Manuela Schwesig anwesend waren. Im Juni 2016 wiederum war sie bei der SPD nahen Friedrich-Ebert-Stiftung

zu Gast. Ein Jahr später durfte sie bei der Konferenz der sozialdemokratischen Parteiengruppe im Europäischen Parlament über ‚Erfolgsgeschichten von Muslimen in Europa‘ sprechen. El-Dabbas arbeitet zu dieser Zeit in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Auswärtigen Amtes und stand damit wohl im näheren Kontakt zu Sawsan Chebli, die im Jahr 2014 vom damaligen Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier als stellvertretende Pressesprecherin berufen wurde. Chebli dürfte sie jedoch bereits zuvor getroffen haben: denn auch im von Chebli unterstützten Verein JUMA war sie aktiv.“

Die Resonanz ist anscheinend auch weiterhin eher verhalten, denn Fotos von den Jahrestagungen der AKMS zeigen (2016) rund 14 Teilnehmer, (2017) rund 30 Teilnehmer und (2019) rund 20 Teilnehmer.

Dass diese Parteimitgliedschaften nicht nur für den Verein von Nutzen sind (u.a. Fördergelder, Einladungen) sondern sich bis ins Private hineinziehen, zeigt der Bericht (im Interview: „Die Geduldeten“) von Mohammad Hajjaj über die Lösung seiner Zugangsprobleme zum Studium:

„Für uns Kinder tauchte das erste richtige Problem auf, als mein älterer Bruder und ich das Abitur gemacht hatten. Denn mit der Duldung [der Familie, CF], durften wir nicht studieren. Auf unseren Papieren stand ausdrücklich drauf: Aufnahme eines Studiums nicht gestattet. Damit haben uns alle Universitäten, an denen wir uns beworben haben, abgelehnt. Wir waren beide ziemlich gut in der Schule und haben die Ausländerbehörde irgendwann überzeugen können, dieses Verbot für uns aufzuheben. Auch Freunde haben sich für uns eingesetzt, zum Beispiel Raed Saleh [ebenfalls Palästinenser und seit Dezember 2011 Vorsitzender der SPD-Fraktion, CF], der damals schon für die SPD im Abgeordnetenhaus saß. Dann wurde das Verbot auf der Duldung irgendwann tatsächlich einfach durchgestrichen.“

- Teilnahme von Frank-Walter Steinmeier (SPD) als SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag (Juni 2013) an der Spendensammelaktion „Speisen für Waisen“

von Islamic Relief. Als Bundespräsident (10.05.2017) Teilnahme und Ansprache beim Iftar-Essen der Initiative JUMA im Roten Rathaus in Berlin.

* Februar 2020: Treffen des ZDM mit den Vorsitzenden der SPD im Willy-Brandt-Haus:

- Spitzengespräch im Willy-Brandt-Haus: ZMD & SPD. Vors. Saskia Esken und Norbert-Walter Borjahn, Referentin Birga Inter und ZMD Vors. Aiman Mazyek, ZMD-Berlin Mohamad Hajjaj. Themen u.a. Islamfeindlichkeit, Imamausbildung, Bundeswehrseelsorge und meToo.

ZDM (Zentralrat der Muslime) Landesverband Berlin

Der Geschäftsführer von Inssan, Mohamad Hajjaj, ist Vorsitzender des ZDM – Berlin (als Vorstandmitglied des Teiba-Kulturzentrums) und die Inssan-Vorsitzende Lydia Nofal ist seine Stellvertreterin.

In diesen Funktionen waren sie Mitglied der Kommission zur Etablierung eines Instituts für islamische Theologie an der Humboldt-Universität. Im fachlichen Beirat sitzt für den ZDM die Politologin Nofal.

Diese hochrangige Repräsentanz des ZDM in Berlin verweist noch einmal auf die eingangs bereits beschriebene Nähe des Inssan zur Organisationen, die der Muslimbruderschaft zugerechnet werden. Und die „Islamische Charta“ die der ZMD im Februar 2002 publiziert hat – dem Jahr der Gründungsdiskussionen des Inssan e.V. - ist in ihrer ganzen Problematik Gründungselement von Inssan. Grundsätze sind:

1. Der Islam ist die Religion des Friedens
2. Wir glauben an den barmherzigen Gott
3. Wir glauben an den barmherzigen Gott
4. Der Koran ist die verbale Offenbarung Gottes
5. Die Herausbildung einer eigenen muslimischen Identität in Europa ist notwendig
6. Integration unter Bewahrung der islamischen Identität
7. Eine würdige Lebensweise mitten in der Gesellschaft
8. Einführung eines deutschsprachigen islamischen Religionsunterrichts

9. Einrichtung von Lehrstühlen zur akademischen Ausbildung islamischer Religionslehrer und Vorbeter (Imame)
10. Genehmigung des Baus innerstädtischer Moscheen
11. Erlaubnis des lautsprechverstärkten Gebetsrufs, Respektierung islamischer Bekleidungs Vorschriften in Schulen und Behörden
12. Beteiligung von Muslimen an den Aufsichtsgremien der Medien
13. Vollzug des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Schächten
14. Beschäftigung muslimischer Militärbetreuer
15. Muslimische Betreuung in medizinischen und sozialen Einrichtungen
16. Staatlicher Schutz der beiden islamischen Feiertage
17. Einrichtung muslimischer Friedhöfe und Grabfelder.

2019 kann Inssan eine weitere Kooperation vermelden:

„Es ist erfreulich, dass die erfolgreiche Zusammenarbeit Inssans mit dem HoR [House of Resources Berlin] in eine langfristige Kooperation [2019-2022] mündet und wir freuen uns sehr, Berliner Engagierte im Bereich der Integration und Partizipation weiterhin durch unsere gemeinsamen Angebote unterstützen zu können. Seit 2016 gibt es das House of Resources Berlin. Die Projektförderung durch das Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat wurde nun vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bis 2022 verlängert.“

Und im Frühjahr 2020 heißt es auf der Inssan-Interseite:

„Unterstützer/Förderer“: „Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration/Bundesprogramm ‚Demokratie leben‘/Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration/Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung/Open Society Foundation.“

Die Arbeit von Inssan e.V. wird unterstützt von:



Quelle: Inssan „Jahresbericht 2018“, S. 5

Nicht genannt:



Im Jahresbericht 2018 nennt der Inssan e.V. Organisationen, mit denen 2016-2018 „zusammengearbeitet“ wurde. Dabei werden 17 Organisationen genannt, also ist Inssan gut vernetzt. Was jedoch bemerkenswerter erscheint, sind die Organisationen, mit denen es auch eine Zusammenarbeit gab, bis hin zu persönlichen „Überschneidungen“, die aber nicht genannt werden: u. a. Islamic Relief, Islamische Föderation, JUMA, Islamische Gemeinschaft Milli Görüs und teiba Kulturzentrum.

Zusätzlich hat sich Inssan zu einer Art offizieller Berichterstatter über das muslimische Leben in Berlin gemausert. Hatte das Inssan-Mitglied und CLAIM-Leiterin Nina Mühe bereits 2008-2010 den von der Open Society Foundation finanzierten Bericht „Muslime in Berlin“ erarbeitet, so ist sie 2018 ebenfalls für den aus den Mitteln der Senatsverwaltung für Europa finanzierten freundlichen Bericht über „Islamisches Leben in Berlin“ maßgebliche Koautorin.

Inssan e.V. – Netzwerkarbeit

Quelle: Inssan e.V. Jahresbericht 2018

„Wir haben in den zwei Jahren (2016-2018) mit ... zusammengearbeitet.“

(In der Reihenfolge der Nennung)



Nicht genannt sind u. a. folgende Kooperationspartner:



Fazit

Aus der Sichtweise des Lobbyismus ist der Erfolg des Inssan e.V. beeindruckend.

Über die Jahre zeigt sich eine beharrliche Arbeit, Widerstände zu überwinden. Erst muss die Einstufung durch den Verfassungsschutz in die Nähe zur Muslimbrüderschaft/Milli Görüs beiseite geräumt werden, wofür wissenschaftlicher Bestand hilfreich ist, dann verschafft man sich Respekt durch viele ‚moderne‘ Aktionen (gegen Zwangsheirat, Blutspenden, Müllsammeln, etc.), findet dann sein erstes Thema („Antirassismus“), dann sein zweites Thema („Flüchtlingshilfe“) und geht in den Schulterschluss mit diversen anerkannten Organisationen, in deren Umfeld staatliche Förderungen kommen, damit ist man als Organisation anerkannter Träger.

Im Nachhinein könnte man diese verschiedenen Aspekte wie in einem Lehrbuch analysieren und dokumentieren. Es würde zeigen, dass das Wollen einer Lobby-Organisation nur die eine Seite ist und das Unterstützen und Zulassen durch etablierte Kompetenzträger die notwendige andere Seite darstellt. Insofern ist der Erfolg des islamischen Lobbyismus nicht durch sich selbst ‚stark‘, sondern auch als gewünschter Bestandteil des religiösen Lobbyismus.

Unter dem Aspekt des tatsächlichen Erfolgs der Erreichbarkeit und Arbeit mit Jugendlichen erscheint der Erfolg aber eher marginal. Die Teilnehmerzahlen sind – wenn sie überhaupt genannt werden – im unteren zweistelligen Bereich. Das ist aber in den Zeiten des Internets von geringer Bedeutung. Professionell gestaltete Internetseiten vermitteln einen großartigen Eindruck und bestärken den gewünschte politischen Effekt: das Bild eines „bunten Deutschland“ in dem „Demokratie lebt!“

Im „Leitfaden Handlungsfelder der Zusammenarbeit mit islamischen Vereinen im Stadtteil, Hrsg: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration“, (2007), der auf der Grundlage von Diskussionen im Islamforum Berlin erstellt worden war, heißt es unmissverständlich (Seite 10) zur Kooperation von Staat und Vereinen:

„Eindeutiges Ausschlusskriterium für jegliche Kooperation und finanzielle Förderung sind die Verherrlichung von Gewalt, die Infragestellung der

Trennung von Staat und Religion und die Ablehnung von Teilen unserer Verfassung (z.B. Demokratie, Gleichstellung der Geschlechter, Gewalt, Verletzung der Menschenrechte).“

Daraus folgt: In der Nicht-Beachtung der Trennung von Staat und Religion kann der Anspruch und die Forderung von Inssan zur finanziellen Förderung an den Staat nur aus der Scharia abgeleitet sein (Einheit von Religion und Staat). Das zeigte sich auch in dem Beitrag der Inssan-Vorsitzenden Lydia Nofal zu einem Themenband der Friedrich Ebert-Stiftung zur vollständigen Finanzierung von muslimischen Organisationen.[24] Eine derartige Komplettfinanzierung wäre nicht nur verfassungsfremd, sondern auch realitätsfern, da keine andere Religionsgemeinschaft oder Kirche in Deutschland derartig auch nur ansatzweise ausgestattet wird.

Die tatsächliche Achtung von Grundrechten, wie der Gleichheit von Mann und Frau, erscheint nach den Berichten und Fotos von Projekten und Projektpartnern von Inssan, in denen eine Geschlechtertrennung sowie ein oben (die Männer) und unten (Frauen) deutlich wird, zumindest fragwürdig.

In der Ausrichtung auf formale Kriterien (u. a. verbales Bekenntnis zum Grundgesetz) ist Inssan erfolgreich, da die Kultur- und Sozialpolitik nur auf eben diese Formalien achtet. Wenn an der Tür einer Organisation „Demokratie“ steht, schaut niemand dahinter. Wie es der zuständige Referent in der Kulturverwaltung es einmal auf den Punkt brachte: „Wir sind nicht die Inquisition.“

